

**DOKUMENTARISCHES ZUM 11. ROUND TABLE
ENTWICKLUNGSPOLITIK LAND BRANDENBURG**

Round Table kann auch online!

**ONLINE-MEETING
am 8. Dezember 2021**



Gefördert durch Mittel des Ministeriums
der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg.

**11. TREFFEN DES ROUND TABLE
ENTWICKLUNGSPOLITIK LAND BRANDENBURG
am 8. Dezember 2021 · 10:00 bis 13:00 Uhr
ONLINE-MEETING**

Tagesordnung

- 09:45 Uhr Möglichkeit zum Betreten des Zoom-„Raumes“,
ggf. Klärung technischer Fragen.
Im Chat kurze Vorstellung der Anwesenden
- 10:00 Uhr Begrüßung, Kurze Vorstellung des Programms
durch Moderator Uwe Prüfer (VENROB e.V.)
- 10:10 Uhr Grußwort durch Herrn Staatssekretär Jobst-Hinrich Ubbelohde
(Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg / MdFE)
- 10:30 Uhr Wie hat sich die Brandenburger Entwicklungspolitik seit 2009 entwickelt?
Gedanken und Positionen zum Wirken des Round Table
in zwei Legislaturen des Landtages
Inputs durch die Steuerungsgruppe des Round Table. Austausch
- 11:00 Uhr Monitoring zur Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien
des Landes Brandenburg 2020 - 2021
Kurze Inputs seitens der Ministerien
(Beiträge in Dokumentation des 11. RTEP)
- 11:25 Uhr Kurze Berichte zur Arbeit von NRO und anderer Stakeholder,
die im entwicklungspolitischen Bereich tätig sind
(Beiträge in Dokumentation des 11. RTEP)
- 11:50 Uhr Kurze Pause
- 12:00 Uhr Zur Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Leitlinien
der Landesregierung Irene Heuser (MdFE)
- 12:15 Uhr Vorschläge zur weiteren Arbeit des Gremiums (Steuerungsgruppe)
- 12:35 Uhr Kurzes Fazit, Verabschiedung durch den Moderator

Inhalt

VORWORT

Uwe Prüfer und Heike Möller	4
-----------------------------	---

DOKUMENTATION

Protokoll des 11. Round Table Entwicklungspolitik am 8.12.2021 im Online-Format	5
---	---

ANHANG

Entwicklungspolitische Leitlinien der Landesregierung Brandenburg	14
Präsentationsauszug: „Mehr Entwicklungspolitik? Gewagt!“ Marianne Balle Moudoubou	21
Input Staatskanzlei – Leonie Eilers	24
Bericht aus dem MLUK – Martin Pohlmann	25
Bericht aus dem MLUK – Kerstin Trick	27
Bericht aus dem MBS – Robert Beißel	29
PPP IHK Potsdam – Tamara Moll	32
Bericht BREBIT – Magdalena Freudenschuss	37
2 Projekte – „Steinskulpturen aus Simbabwe“ und „Fair-Trade-Fußbälle“	38
Beitrag KED-EKBO – Patrick Schnabel	39
Collective Leadership Institute – Martin Fielko	40
Strategiepapier RTEP	42
Austausch fördern – Akzente setzen – Menschen begeistern Nachhaltige Entwicklung im Land Brandenburg mitgestalten	

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir freuen uns über Ihr Interesse an der Dokumentation des 11. Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg, der am 8. Dezember 2021 im Online-Format stattgefunden hat.

Darin finden Sie / findet Ihr nicht nur die im Programm ausgewiesenen Grußworte, Beiträge zum Monitoring und Kommentierungen der Stakeholder. Es wird auch ermöglicht, dass diejenigen, die in dem dreistündigen Zoom-Meeting nicht oder nur sehr knapp zu Wort gekommen waren, Andere an ihrer Arbeit und den Erfahrungen mit dem Corona-Jahr 2021 teilhaben lassen können. Im erweiterten Anhang befinden sich Dokumente wie die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung und das am 10. Round Table verabschiedete Strategiepapier sowie Berichte über die entwicklungspolitische und nachhaltigkeitsbezogene Arbeit im Land Brandenburg.

Aufgrund der Coronapandemie ist der Round Table Entwicklungspolitik 2020 ausgefallen. Die fortgesetzt unklare Lage im Frühjahr 2021 - Lockdown, Versammlungsbeschränkungen etc. – machte die Planungen der Präsenzveranstaltung für den Herbst nach letzten Terminverschiebungen und der ergebnislosen Suche nach geeigneten Veranstaltungsräumen gefühlt zu einem Brummkreisel. Um einen erneuten Ausfall zu vermeiden, wurde innerhalb kurzer Zeit ein digitales Meeting organisiert. Ergebnis: Der Round Table kann auch online und das gar nicht mal schlecht, wie sich den Kommentaren der Beteiligten entnehmen ließ.

Mit 40 Teilnehmenden entsprach die Beteiligung den Präsenzveranstaltungen der Vorjahre. Neu waren beispielsweise einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Ministerien, u.a. aufgrund der aktuellen Zuordnung der Entwicklungspolitik zum Ministerium der Finanzen und für Europa sowie die neuen Zuständigkeiten bei der Staatskanzlei für die Landesnachhaltigkeitsstrategie.

Die Zusammensetzung reflektierte die Erkenntnis, dass es sich sowohl bei Entwicklungspolitik respektive entwicklungspolitischer Inlandsarbeit als auch im Bereich Nachhaltigkeit in seiner ganzen Bandbreite um Querschnittsthemen mit großen Schnittmengen handelt. Das wurde so auch von Rednerinnen und Rednern aus verschiedenen Ministerien und Ämtern betont. Die Klimakrise zeige, dass nationale Grenzen diesbezüglich nur auf Papier seien und in der vernetzten Welt viele Themen nur global gedacht und gemeistert werden könnten. Verschiedene Perspektiven auf ein gleiches Thema bringe erst die nötige Tiefenschärfe, um Staatssekretär Ubbelohde zu zitieren.

Auch die Zivilgesellschaft war wie immer breit aufgestellt. Ob es sich um Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Globales Lernen oder die Arbeit mit Geflüchteten handelt: der Erfolge sind noch nicht genug! So kamen auch die Kürzungen in zivilgesellschaftlichen Programmen durch das BMZ zur Sprache, die allgemein auf Unverständnis trafen.

Als ein Ergebnis des 11. Round Table steht die – gern auch von VENROB unterstützte – Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Gruppen bei der Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung. Hierfür ist u.a. ein Workshop angedacht, der sich mit dem Arbeitsstand befassen wird.

Verbunden mit einem herzlichen Dank an alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter des Round Table gehen wir das Jahr 2022 mit Optimismus und Tatkraft an!

Uwe Prüfer und Heike Möller (VENROB e.V.)

DOKUMENTATION DER ONLINE-VERANSTALTUNG DES

11. Round Table Entwicklungspolitik

am 8.12.2021 von 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Zum 11. Round Table Entwicklungspolitik (RTEP), dem ersten in der gegenwärtigen Legislaturperiode und ersten digitalen überhaupt, begrüßt **UWE PRÜFER** von **VENROB e.V.** die 40 eingeloggten Teilnehmer:innen. Deren Zahl decke sich in etwa mit der sehr gutbesuchten vergangener Präsenztreffen. Erfreulich seien dabei insbesondere die neuen Stakeholder, vor allem aus den unterschiedlichen Ministerien des Landes. Das spräche dafür, dass die Themen des RTEP als Querschnittsaufgabe in Regierung und Verwaltung stärker wahrgenommen würden.

Die Anliegen des RTEP spiegeln sich im Programm der Runde: Es gibt Inputs zu entwicklungspolitischen Vorhaben von Ministerien und Zivilgesellschaft, zur globalen Dimension von Nachhaltigkeit sowie zur Fortschreibung der entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung (EL) im Rahmen der Koalitionsvereinbarung. Darauf folgt das übliche Monitoring der Stakeholder der teilnehmenden NGOs.

Der **Staatssekretär für Europa, JOBST-HINRICH UBBELOHDE** lobt die Arbeit des Round Table Entwicklungspolitik, der inzwischen eine etablierte Institution und als Gremium auch im Koalitionsvertrag 2019 verankert worden sei. Es handele sich um ein zentrales Gremium für den Austausch der Landesregierung mit entwicklungspolitischen Playern. Der Kreis biete einen sehr wichtigen gesellschaftlichen Querschnitt, da Akteur:innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kirche, IHK und kommunalen Gebietskörperschaften vertreten seien. Die verschiedenen Perspektiven der teilnehmenden Akteur:innen auf das gleiche Thema ermöglichten dabei eine besondere Tiefenschärfe. Alle verfolgten ein gemeinsames Ziel: die Themen der Entwicklungspolitik voranzubringen.

Das Ortsgeschehen in Brandenburg, so der Staatssekretär, sei in einen multilateralen Kontext eingebettet, etwa als Hauptstadtregion, als Teil der Europäischen Union oder als Grenzregion zu Polen. Viele aktuelle Herausforderungen im Land hätten einen Bezug zur globalen Ebene, wie beispielsweise die Corona-Pandemie oder die Klimakrise. Immer öfter zeige sich, dass immer mehr Themen nur global vernünftig gedacht und gemeistert werden könnten.

JOBST-HINRICH UBBELOHDE zeigt sich beeindruckt, dass die Stakeholder:innen trotz der Hindernisse durch die Pandemie ihre Arbeit durch kreative und innovative Formate fortgesetzt hätten. Die Sichtbarkeit sei allgemein vorhanden, und er appellierte an die Teilnehmenden nicht nur wegen der Pandemie die Initiativen auch online noch sichtbarer zu machen. Auch in Zukunft könnten analoge Veranstaltungen digital ergänzt werden, um neue Personengruppen zu erreichen. Es sei erfreulich, dass soweit möglich, klassische Formate, wie die von der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ unterstützten Baruther Schlossgespräche und teilweise auch GlobaLokal, stattfinden konnten. Im nördlichen Brandenburg sei außerdem ein Pendant der Schlossgespräche in Eberswalde geplant. Vieles weitere müsse hier noch ergänzt werden, um der gesamten Bandbreite der Aktivitäten gerecht zu werden. Seitens des MdFE gelte sein Dank den Teilnehmenden für Ihr Engagement und dass sie dafür gesorgt hätten, dass gute Formate nicht abgebrochen oder verschwunden seien.

Auch im MdFE habe man die eigene Arbeit weiterentwickelt. So habe man die Nachbarschaftsstrategie mit

Polen verabschiedet, außerdem arbeite man aktuell an der Fortschreibung der Internationalisierungsstrategie. Man wolle internationale Kompetenzen stärken und international sichtbar und handlungsfähiger werden. Außerdem sei das Bekenntnis zu einem weltoffenen Brandenburg ein wichtiger Schwerpunkt. Brandenburg übernehme globale Verantwortung. Zur Überarbeitung der Brandenburger Nachhaltigkeitsstrategie betont der Staatssekretär, dass über die Nachhaltigkeitsplattform viele entwicklungspolitische Akteur:innen in diesen Prozess eingebunden seien.

Brandenburg plane aktuell die Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Leitlinien, die den strategischen Rahmen für die entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes bilden. Es wäre die erste Fortschreibung seit 2012. Dabei ginge es auch um einen konkreten Orientierungsrahmen für die nachhaltige Entwicklung. Auch wenn die Leitlinien in gewisser Weise die UN-Nachhaltigkeitsziele von 2015 schon vorweggenommen haben, hätten sich die Rahmenbedingungen doch fortentwickelt. Die Entwicklungspolitik werde weiterhin in einem horizontalen Ansatz umgesetzt, z.B. mit Blick auf den Klimaschutz, die Wirtschaft oder Gesundheit.

Rückenwind erhalte Brandenburg durch Entwicklungen auf der europäischen Ebene. So orientiere sich auch die Europäische Kommission inzwischen stark an den UN-Nachhaltigkeitszielen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen habe ihr gesamtes politisches Programm unter das Motto der Ziele gestellt. Dieses neue Umfeld solle auch Brandenburg Mut machen.

JOBST-HINRICH UBBELOHDE schließt sein Grußwort mit einem erneuten Dank an VENROB e.V. und alle Teilnehmenden auch bezüglich ihrer Flexibilität und Kompromissbereitschaft in der Krise. Er freue sich auf den weiteren Austausch beim heutigen Round Table Entwicklungspolitik und die weiteren Gespräche im nächsten Jahr.

*Aus Frankfurt/Oder teilt **CHRISTINA KATZER** vom **JUSEV e.V.** mit, dass immer noch daran gearbeitet werde, gemeinsam mit Slubice die erste Fair-Trade-Doppelstadt zu werden.*

***RAHIME DIALLO** vom **NeMiB e.V.** spielt in seinem Kommentar auf die von Staatssekretär Ubbelohde erwähnte EU-Migrationspolitik als Orientierungsrahmen an. Man könne dieser sehr kritisch gegenüberstehen, da die Migranten hierzulande sie eher als eine auf Abwehr und Verhinderung gerichtete Migrationspolitik wahrnehmen.*

***MARIANNE BALLÉ MOUDOUMBOU** von **PAWLO** schließt sich dieser Sichtweise an und zeigt sich besorgt über die Verbindung zwischen Migration und Frauenpolitik. Sie hofft, dass mit der auch im Koalitionsvertrag beschlossenen „Bleibeoffensive“ in Brandenburg ein Weg gefunden wird, diese Probleme zu überwinden.*

In seinem Rückblick auf die Anfänge und kontinuierliche Weiterentwicklung der Entwicklungspolitischen Leitlinien, erläutert **UWE PRÜFER** kurz die Historie und die Essenz der Arbeit des RTEP.

Der Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg hat ebenso wie die aktuellen Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung seinen Ausgangspunkt im Koalitionsvertrag von 2009 zwischen SPD und Die Linke. Mit dem Bekenntnis zu neuen Leitlinien verband sich die Bereitschaft, dafür die Kompetenzen der Zivilgesellschaft und anderer Akteure zu nutzen und deren Interessen zu berücksichtigen. Deshalb kommt seit Dezember 2010 der Round Table mit einer Art Trägerschaft durch das jeweils für Entwicklungspolitik zuständige Landesministerium und VENROB e.V. als entwicklungspolitisches Landesnetzwerk jährlich zusammen. Er ist ein Multi-Stakeholder-Gremium, an dem die relevanten Akteursgruppen mit insgesamt 35 bis 40 Expert:innen aus Brandenburg vertreten sind. Gäste von der Bundesebene, z.B. dem BMZ, können dazu eingeladen werden. Seit einigen Jahren wird seine Arbeit durch eine kleine Steuerungsgruppe begleitet, welche die Treffen vor- wie nachbereitet und zwischenzeitlich den Informationsfluss gewährleistet sowie Aktivitäten koordiniert.

In seinen ersten beiden Jahren konzentrierte sich der Round Table auf seine Etablierung und auf die Mitarbeit an den Entwicklungspolitischen Leitlinien. Diese sind 2012 am Vortag des 3. Treffens durch die Landesregierung verabschiedet worden. Sowohl die v.a. ob ihrer Verknüpfung mit den globalen wie regionalen Nachhaltigkeitsideen als modern eingeschätzten Leitlinien wie auch der partizipative Prozess ihrer Entstehung und die Verankerung eines jährlichen Monitorings haben damals auch bundesweit große Aufmerksamkeit erfahren. 2010 wurde zudem im Landeshaushalt wieder ein Titel für die Förderung entwicklungspolitischer Arbeit der NGO eingeführt, der seitdem übrigens immer noch mit 60.000 € pro Jahr ausgestattet ist.

Weitere Höhepunkte konnte der Round Table zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015 setzen. Unter dem Motto „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ wurde über die Entwicklungspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten informiert, Erwartungen formuliert und aktives Engagement gefördert, so u.a. mit Veranstaltungen in Frankfurt (Oder). Mit der inzwischen erfolgten Einrichtung eines ähnlichem landesweiten Gremiums – dem Forum Europa Brandenburg – könnte dieser auch auf Europa gerichtete Ansatz durchaus gemeinsam verstärkt werden.

Es zieht sich durch das inzwischen mehr als zehnjährige Wirken des Gremiums, dass die strategische Verschränkung der Brandenburgischen Entwicklungspolitik mit der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes (LNHS) eine Zielstellung bleibt. Der Round Table sieht damit auch zukünftig die Aufgabe, mit seinem Wirken die Diskussionen zur Nachhaltigkeit Brandenburgs mit konkreten entwicklungspolitischen Schwerpunkten zu bereichern. Da sowohl weitere Aktivitäten zur Fortschreibung der LNHS sowie z.B. konkret seitens des Runden Tisches Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) für diesen wichtigen Bereich zu erwarten sind, wird die Koordination von Vorhaben fortgesetzt, die von diesen landesweiten Gremien initiiert, durchgeführt oder begleitet werden.

Für die laufende Legislatur des Landtages Brandenburg hat das Strategiepapier *„Austausch fördern – Akzente setzen – Menschen begeistern - Nachhaltige Entwicklung im Land Brandenburg mitgestalten“* wichtige Akzente gesetzt. Es ist am Round Table in einem transparenten Prozess entstanden: vom 9. Round Table im Juni 2018 bis zur Verabschiedung durch die zivilgesellschaftlichen Stakeholder beim 10. Treffen des Gremiums am 6. April 2019.

Die gemeinsamen guten Erfahrungen und die vertrauensvolle Atmosphäre nach den 11 Jahren Round Table bieten eine stabile Basis, sich 2022 der Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Leitlinien zu widmen.

Seit den Anfängen des RTEP ist auch **MARTIN POHLMANN** vom **MLUK** dabei. Neben der erfreulichen Tatsache, dass von der Verbindung der Entwicklungspolitik zur nachhaltigen Entwicklung beide Bereiche voneinander profitieren, fällt sein Fazit gemischt aus. Obgleich der Round Table als Vorbild für die Art der Beratung sowie die Einbindung der internationalen Dimension in der Nachhaltigkeitspolitik wichtig für die administrativen Strukturen waren, erwies es sich als schwierig, Maßnahmen hierzu in die Handlungsschwerpunkte der Landesnachhaltigkeitsstrategie zu bekommen. Trotz der neuen Strategiefortschreibung, angestoßen durch die SDGs, wurde erkennbar, dass es Defizite bei der Verankerung der Entwicklungspolitik gibt.

IRENE HEUSER vom **MdFE** betont, dass es mit Beginn der Legislaturperiode von 2009 in Brandenburg und durch die Verabschiedung der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes 2012 einen Qualitätssprung bei der Vernetzung der Player gegeben habe. Allerdings gestalte es sich in Brandenburg mangels Strukturen noch etwas zäher als anderswo. Besonders die Corona-Pandemie mache die Zusammenhänge, z.B. bei den Lieferketten, deutlich. Im Bemühen um die Herstellung von Politikkohärenz müssten die politischen Aussagen verzahnt, verschränkt und die Wahrnehmung verstärkt werden, wie dies in Veranstaltungen, wie Konferenzen zum Thema panafrikanische Frauenpolitik, New Alliance u.v.a., geschehen sei.

MARIANNE BALLÉ MOUDOUMBOU der panafrikanischen Frauenorganisation PAWLO-Masoso stellt in ihrer wirkungsvollen und unterhaltsamen Präsentation die These auf: Mehr Entwicklungspolitik wagen! Allerdings eine gewagte These, stellt sie fest, angesichts der qualitativ sphärischen Zusammensetzung des Landtages. Denn die Infragestellung der Entwicklungspolitik durch eine rechtsextremistische Partei habe es in den Jahren zuvor so nicht gegeben. Der RTEP habe sich zu einem Partner mit einer starken Verankerung im Land Brandenburg entwickelt. Entwicklungspolitik sei zwar noch nicht befreiter, aber dennoch vielfältiger, bunter und anerkannter geworden. Der Panafrikanische Frauentag in der IHK beweise, dass viel mehr Akteurinnen dazu gekommen sind. Bei der Aufarbeitung der Traumata aus der *Maafa*-Zeit gebe es Defizite, aber auch hier sei man auf einem guten Weg. Ein gemeinsamer Traum könnte lauten: Lasst uns alle daran arbeiten, dass dieser Traum nicht im Ärmelkanal, im Mittelmeer oder in der Sahelwüste endet!

***PATRICK SCHNABEL**, KED-Beauftragter der evangelischen Landeskirche, betonte mit Nachdruck, dass sowohl mit Blick auf Politikkohärenz als auch auf die damit verbundene Politikkommunikation eine deutlich engere Verknüpfung der Nachhaltigkeitsstrategie mit den Leitlinien erforderlich sei: Beide dienen der Umsetzung der SDG im Land. Die Umsetzung dieses übergreifenden Zieles muss schärfer herausgearbeitet werden.*

*An der Verbindung der Strategien werde in den nächsten Jahren gearbeitet, so **UWE PRÜFER**. Und auch **RAHIME DIALLO** empfindet die antirassistische Ausrichtung als Querschnittsgedanken der Entwicklungspolitischen Leitlinien als Meilenstein im Vergleich mit denen anderer Bundesländer.*

MONITORING

Einleitend dazu erläutert Uwe Prüfer diesen Teil als grundlegendes Prinzip der ersten Stunde des RTEPs und der Tatsache geschuldet, dass die ersten Entwicklungspolitischen Leitlinien von 1998 nicht von einem derartigen Gremium begleitet wurden, was eine Nachjustierung ermöglicht hätte. Die Stakeholder des RTEP sahen sich in der Verantwortung, die Umsetzung der politischen Vorgaben in die Praxis seitens der Ministerien und der NGOs kritisch zu begleiten.

Den Anfang machte **LEONIE EILERS** von der Staatskanzlei. Sie berichtet vom Stand in Sachen Nachhaltigkeitsbeirat (NHB) und Landesnachhaltigkeitsstrategie. Der per Kabinettsbeschluss am 09.02.2021 eingerichtete – ehrenamtlich arbeitende und aus sechs Vertreter:innen aus Wissenschaft, Wirtschaft sowie der jungen Generation bestehende - Nachhaltigkeitsbeirat (NHB) für das Land Brandenburg wird durch eine in der Staatskanzlei angesiedelte Koordinierungsstelle organisatorisch unterstützt. Eine der Hauptaufgaben des NHB ist auch die Mitwirkung an der Weiterentwicklung der Landesnachhaltigkeitsstrategie. Die bestehende Strategie des Umweltministeriums von 2014 und deren Fortschreibung 2019, bei der eine Ausrichtung an den 17 SDGs erfolgte, soll in der 7. Legislaturperiode unter Federführung der Staatskanzlei überarbeitet werden. Die Ausrichtung an den 17 SDGs werde dabei natürlich konsequent fortgesetzt. Die Staatskanzlei arbeitet aktuell an Eckpunkten mit konzeptionellen Überlegungen zur Weiterentwicklung der Landesnachhaltigkeitsstrategie. Ziel ist, den Nachhaltigkeitsgedanken noch stärker in die Gesellschaft zu tragen und Nachhaltigkeit noch deutlicher als Entscheidungskriterium im Regierungs- und Verwaltungshandeln zu verankern. Dem sollen zwei Ansätze Rechnung tragen: Ein nach „Außen“ gerichteter Ansatz, der vor allem die Umsetzung der 17 SDGs in der Gesellschaft über die landespolitischen Fachstrategien adressiert und ein nach „Innen“ gerichteter Ansatz, der auf das nachhaltige Handeln der Landesverwaltung selbst abzielt.

MARTIN POHLMANN vom MLUK berichtet über die Nachhaltigkeitsplattform: In einer etwa 25köpfigen Steuerungsgruppe arbeiten Wissenschaftler:innen, Akteur:innen aus NGOs, Zivilgesellschaft und Kirche in verschiedenen Arbeitsgruppen zusammen, die allen Interessierten offen zur Teilnahme stehen.

Beim Thema Nachhaltige Beschaffung spricht er die Reform des Vergabegesetzes an. Bei Ausschreibungen der Brandenburger Landesverwaltung ist die Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Kriterien nunmehr eine Soll-Bestimmung. In Zusammenarbeit mit der Servicestelle-für-die-Eine-Welt von Engagement Global und des BMZ werde in Anlehnung an die „Schlossgespräche in Baruth/Mark“ derzeit in einem neu gebildeten Stakeholder Beirat eine weitere Veranstaltung in diesem erfolgreichen Format in Eberswalde vorbereitet. Auch die Zusammenarbeit mit dem Jugendforum Nachhaltigkeit wird fortgesetzt. Am 1. Dezember 2021 wurden die Forderungen des JufoNas (dokumentiert auf der Website des Jugendforums) Herrn Minister Vogel vom MLUK übergeben. *Ausführlicher dazu im Dokument im Anhang S. 25.*

KERSTIN TRICK vom **MLUK** berichtet über Aktivitäten im Bereich der außerschulischen Bildung für nachhaltige Entwicklung. Strategien werden entwickelt, um Synergien zu ermitteln und miteinander zu verbinden. Sie nennt die Servicestelle BNE mit Sitz im Haus der Natur in Potsdam, eine Gemeinschaft aus Interessenvertretungen der Umweltbildung, des Globalen Lernens und der Wissenschaft, die voraussichtlich noch bis Ende 2023 die vorhandenen Netzwerke unterstützt mit bedarfsorientierten Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. Gleichzeitig ist sie die Geschäftsstelle der Zertifizierung, die durch eine vom MLUK berufene Kommission gestaltet wird und Zertifikate mit einer Laufzeit von vier Jahren vergibt.

Auch die Nationalen Naturlandschaften tragen maßgeblich dazu bei, BNE landesweit ins Bewusstsein zu rücken und in die Fläche zu bringen. Hierfür böte sich auch die vom MLUK entwickelte ‚Regionale Entwicklungsstrategie‘ an.

Synergien sollen auch zwischen den sogenannten LEADER-Regionen und der BNE in einem bottom-up-Prinzip mit Einrichtungen, Orten, Produkten und Dienstleistungen im Sinne des BNE-Anspruchs von Kooperation und Teilhabe entstehen.

Als Schwerpunkt des 11. Round Table BNE wurden die Kommunen als Treiber von Innovationen in den Fokus gerückt. Behörden und Einrichtungen des Landes, die Landesbetriebe, Landkreise, Städte und Gemeinden sind wichtige Multiplikatoren mit Vorbildfunktion in ihren Einflussbereichen. Deshalb müsse BNE bei der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiter:innen der Landesverwaltung und in den Kommunen etabliert und gefestigt werden.

Auch im Rahmen der Nachhaltigkeitsplattform ist BNE in der AG „Nachhaltige Kommunen“ ein wichtiges Thema. *Ausführlicher dazu im Dokument im Anhang S. 27.*

ROBERT BEIBEL vom **MBSJ** beschränkt sich in seinem Input auf den Bereich Bildung in der Jugendabteilung und dabei speziell auf nachhaltige Entwicklung und nachhaltiges Lernen in globalen Zusammenhängen in den Jahrgangsstufen 1-10. Er nennt zwei Projekte, die im Referat betreut werden. Hierbei handelt es sich um das Jugendforum, das jährlich mit 10.000 Euro bezuschusst wird. Das zweite Projekt ist ‚Jugend für Entwicklung und Zusammenarbeit‘, in dessen Rahmen Projekte mit Jugendlichen aus dem südamerikanischen Kontinent im Austausch stattfinden. Coronabedingt habe lediglich ein Drittel der sonst üblichen Aktivitäten stattgefunden. *Ausführlicher dazu im Dokument im Anhang S. 29.*

KATHRIN KÜSTER vom **MSGIV** leitet seit 2020 das Referat ‚Integration und Zuwanderung‘ und ist mit ihren Kolleginnen und Kollegen insbesondere für Themen rund um die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten zuständig. Entwicklungspolitik und das Thema Flucht sind nur schwer voneinander zu trennen. Die Fluchtursachen sind vielfältig gelagert. Laut dem UNHCR-Bericht aus dem Jahr 2020 waren rund 82 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Krieg und Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, Klima und Umwelt und Hunger sind dabei die maßgeblichen Gründe, die Menschen zur Flucht bewegen.

Die Auswirkungen des Klimawandels wie beispielsweise Naturkatastrophen oder Dürren zwingen immer mehr Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Dieses Thema führt aktuell zu hitzigen Diskussionen im asylrechtlichen Kontext. Aktuelle globale Entwicklungen muss man stets im Auge behalten. Es ist von einer verstärkten Migration auszugehen, sollten die wirtschaftliche und die soziale Perspektivlosigkeit an vielen Orten der Welt weiter zunehmen. Die bisherige Bundesregierung hatte die Fachkommission Fluchtursachen einberufen, um die wesentlichen Fluchtursachen zu identifizieren und erste Ansätze für Minderung dieser Ursachen zu erarbeiten. Der Ergebnisbericht liegt bereits vor. Dort finden sich Empfehlungen an die neue Bundesregierung und den Bundestag, wie man Flüchtlinge besser schützen, die Ursachen von Flucht, Vertreibung und irregulärer Migration mindern und die Aufnahmeländer stärken kann.

Flankierend zur Entwicklungszusammenarbeit erfolgt die Unterstützung der Länder in Krisenregionen, die besonders viele Geflüchtete aufgenommen haben, durch sogenannte Resettlement-Programme. Auch Brandenburg ist hier aktiv. In Brandenburg wird u.a. das Landesaufnahmeprogramm Jordanien (LAP-JO) umgesetzt, in dessen Rahmen jährlich rund 200 Menschen aufgenommen werden. Dieses erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR sowie der Internationalen Organisation für Migration IOM. Die Federführung im MSGIV liegt im Referat 25 (Integration und Zuwanderung), welches eng mit dem MIK zusammenarbeitet.



Nach der Kaffeepause stellt sich **TAMARA MARIELA MOLL** vor. Seit 2020 ist sie **Business Scout for Development / Beraterin für Entwicklungszusammenarbeit im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, entsandt an die IHK Potsdam** und damit als Nachfolgerin von Bert Wibel tätig. Sie kommt aus dem Bereich Nachhaltiges Wirtschaften und war zuvor beim Dachverband der IHKs im Bereich der Internationalisierung der Berufsbildung tätig.

Als Business Scout betreut sie eine große Bandbreite von Themen, beispielsweise ein Trainingsprogramm für Zero-Waste-Management auf Sansibar sowie ein Vorhaben im Rahmen des Bund-Länder-Programms gemeinsam mit Frau Heuser und Frau Trojansky sowie Kooperationspartnern aus Ruanda und Peru. Hier geht es um die Entwicklung und Frauenförderung im ländlichen Raum. Das Lieferkettensorgfaltsgesetz sei ein Thema, für das die IHK zur Unterstützung von KMUs verschiedene Bildungs- und Zertifizierungsangebote umsetzt. Sie verweist auf ihren Beitrag in der im Dezember 2021 erschienenen Broschüre von VENROB „Forum Entwicklungspolitik Brandenburg“, in dem sie über die Vernetzung mit anderen Akteuren des Round Table schreibt. *Ausführlicher dazu im Dokument im Anhang S. 32.*

BIRGIT MITAWI (RAA Brandenburg) fasst für die BREBIT kurz zusammen: Trotz Pandemie führten die Referent:innen der BREBIT 124 Projekttag in Präsenz durch! Das entspricht in etwa dem üblichen Schnitt von rund 130 Projekttagen.

Das Interesse an digitalen Projekttagen ist gleichzeitig gering. Im Gegensatz zu anderen Jahren gab es an den Schulen in den Monaten August und September so gut wie keine Gelegenheit, Projekttag durchzuführen, da diese Monate zur Leistungsstandserhebung genutzt wurden. Pandemiebedingt verlagerten sich insgesamt viele Projekte in den Herbst 2022, was schließlich zu personellen Engpässen führte. Aus diesem Grund mussten Schulen zum ersten Mal in 18 Jahren von BREBIT Absagen erteilt werden. Inhaltlich stieß das Jahresthema Digitalisierung und globale Gerechtigkeit auf große Resonanz: Es schließt an die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen an. Die von der BREBIT angebotenen Lernräume sind ein abwechslungsreicher, reflexionsorientierter und willkommener Anstoß, sich zu zentralen gesellschaftlichen Fragen eine eigene Meinung zu bilden. Lehrkräfte schätzen insbesondere die Anknüpfungspunkte zum Rahmenlehrplan. Herausfordernd war 2022 außerdem, dass die entwicklungspolitische Inlandsarbeit an vielen Stellen mit angekündigten und zum Teil auch durchgesetzten Kürzungen zu kämpfen hatte. So wurde beispielsweise die

Struktur des Promotor:innenprogramms verändert mit der Folge, dass qualifizierte langjährige Mitstreiter:innen unklare Zukunftsperspektiven haben. Unklar ist damit auch, wie unter diesen Bedingungen die hohe Qualität des Globalen Lernens in Brandenburg weiter gewährleistet werden kann. Dadurch notwendige Restrukturierungen in der BREBIT binden viele Kapazitäten und stellen eine Hemmschwelle für die strukturelle und inhaltliche Weiterentwicklung des Globalen Lernens in Brandenburg dar. *Ausführlicher dazu im Dokument im Anhang S. 37.*

STEPHANIE GÜNTHER (Diakonisches Werk Teltow-Fläming e.V.) und **MARION DUPPEL** (ESTAruppin e.V.) stellten zwei Projekte aus ihrer Eine-Welt-Arbeit in Luckenwalde und Neuruppin vor. Angesichts der Pandemie bedurfte es neuer Formate, die Themen der Nachhaltigen Entwicklung einer breiten Öffentlichkeit vermitteln und Anknüpfungspunkte im Alltag der Menschen vor Ort aufzeigen.

STEPHANIE GÜNTHER entwickelte gemeinsam mit dem Mennonitischen Friedenszentrum Berlin eine Ausstellung mit Steinskulpturen aus Simbabwe, die an drei Orten in Luckenwalde gezeigt und durch Informationstafeln u.a. zu den SDG begleitet wurde. Mit geführten Spaziergängen zu den Ausstellungsorten, Workshops in Kooperation mit Grundschulen der Region und einer vielfältigen Pressearbeit konnten einige hundert Menschen direkt und darüber hinaus viele weitere Menschen en passant erreicht werden. Die an der Ausstellung beteiligten Institutionen wie die Bibliothek am Bahnhof in Luckenwalde, die Evangelische Kirchengemeinde, sowie die Galerie in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming unterstützten das Projekt und zeigten sich offen für eine weitere Zusammenarbeit. *Ausführlicher dazu im Dokument im Anhang S. 38.*

MARION DUPPEL, bis Ende 2021 **Eine-Welt-Promotorin bei ESTAruppin**, berichtet über ihre Arbeit in der Fairtrade-Stadt-Gruppe, die in diesem Jahr das Thema Fair-Trade-Fußbälle zu einem Schwerpunkt machte. Damit wolle man neben den Schulen die neue Zielgruppe „Sportvereine“ erreichen. Ein „dickes Brett“, bei dem viel Überzeugungsarbeit geleistet werden muss, denn nur wenige können sich vorstellen, dass auch fair gehandelte Bälle FIFA-gerecht sein können. Um eine Fairtrade-Stadt lebendig zu halten, müssen immer wieder neue Aktionsformen entwickelt und neue Zielgruppen angesprochen werden. Angesichts der Tatsache, dass es ihre Stelle 2022 so nicht mehr gibt, wird sich dieser Prozess zumindest deutlich verlangsamen und erschweren. *Ausführlicher dazu im Dokument im Anhang S. 38.*

PATRICK SCHNABEL berichtet mit spürbarer Frustration über eine Entscheidung des BMZ, dass die Förderung des kirchennahen Eine-Welt-Bildungsprogramm Ende des Monats Dezember 2021 auslaufen soll. Die Begründungen für die Mittelstreichung sei nicht nachvollziehbar, teils sogar sachlich falsch: So sei das Programm stets als Ergänzung des Promotor:innen-Programms konzipiert worden, nicht als Ersatz. Auch sei die kirchliche Kofinanzierung sichergestellt. Die nun ins Auge gefassten Alternativen führen zu einer merklichen Verringerung der Leistungen und Möglichkeiten kirchlicher Eine-Welt-Arbeit. *Ausführlicher dazu im Dokument im Anhang S. 39.*

MARIANNE BALLÉ MOUDOUMBOU fasst die Aktivitäten kurz zusammen: Sie hofft, dass sie 2022 ihre Teilnahme bei der BREBIT fortsetzen kann. Diese diene für viele Geflüchtete als Einstieg in die entwicklungspolitische Arbeit. Mit den Bemühungen zur Fair-Trade-Stadt wurde auch im Jahr 2021 die Zivilgesellschaft weiter sensibilisiert. Mit der IHK wird 2022 die Zusammenarbeit vertieft. Zum Punkt Rassismus: Hier habe die Staatskanzlei gehandelt und eine Verurteilung von Benachteiligung „aus rassistischen Gründen“ in der Landesverfassung verankert. Der Gleichberechtigung aller Frauen, ob Roma, afrikanische/Schwarze, Muslima, stehen noch viele Hürden im Weg, die gemeinsam überwunden werden sollen. Das gilt auch für die gleichberechtigte Teilhabe an Friedens- und Konfliktlösungsverhandlungen, wie es in der letzten Stellungnahme von PAWLO-Masoso zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 heißt. Für viele Frauen des globalen Südens bedeutet das Engagement für nachhaltige, politische, kulturelle Gesellschafts- und Wirtschaftsformen ein permanentes Risiko für ihr eigenes Leben und das Leben aller, die Ihnen nahestehen.

Auch eine Delegation von CONAQ (Dachverband der Quilombos in Brasilien) und der Coalizão Negra Por Direitos (Dachverband Schwarzer Menschen für Menschenrechte in Brasilien), die an der Klimakonferenz COP26 in Glasgow teilgenommen hatten und diese Gefahr aus eigener Erfahrung kennen, hat im November 2021 in Berlin zusammen mit dem Comitê Ruas Marielle Franco auf diese Tatsache hingewiesen. In einem Appell an die entwicklungspolitischen Mitwirkenden in der Hauptstadtregion wurde um Unterstützung für die Überprüfung der Fair-Trade-Label vor Ort von Organisationen der afrikanischen/Schwarzen Community und für die Schaffung von Fair-Trade-Label gebeten. Man wolle sicherstellen, dass die Label gerecht vergeben werden. Auch im Rahmen der 2024 endenden *Internationalen Dekade für Menschen mit afrikanischen Vorfahren* unter dem Motto „Menschen [mit afrikanischen Vorfahren]: Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung“ sei noch viel zu tun.

CHRISTINA KATZER von JuSeV e.V. in Frankfurt/Oder, einer Einrichtung für Jugendhilfe und Sozialarbeit, und Bildungsreferentin von der Initiative Globales Lernen an Oder und Spree (GLOS) berichtet darüber, dass es gelungen sei, an der einen oder anderen Stelle mit brandenburgischen Politiker:innen ins Gespräch zu kommen, um mit ihnen über die Erfahrungen mit der Arbeit an der Basis zu sprechen. Die SDGs sind der Rahmen für die Bildungsarbeit und Kommunikation sei dringend erforderlich, um die damit verbundenen Anliegen in alle Bereiche zu bringen. Es gebe viele Möglichkeiten dafür: Sie nannte das Engagement für den Titel zur Fairtrade-Town für die Doppelstadt oder die Projekte rund um die Faire Schokolade. Nur brauche es dafür kompetente Menschen und die Finanzierung.

IRENE HEUSER führt zur anstehenden Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Leitlinien aus, dass man im MdFE bereits mit den notwendigen Vorbereitungen dafür begonnen habe. Neben redaktionellen Anpassungen gelte es, mit den neuen Entwicklungspolitischen Leitlinien auch auf neue Rahmenbedingungen, insbesondere die UN-Nachhaltigkeitsziele, einzugehen. Das zuvor von Stakeholder:innen angesprochene erweiterte Bildungsverständnis sei in diesem Zusammenhang ein sehr interessanter Punkt. Irene Heuser zeigte sich mit Blick auf die Perspektive der verschiedenen Stakeholder:innen gespannt auf die Anregungen zur Fortschreibung des Textes.

Weitere Anknüpfungspunkte für diesen Prozess und die Inhalte seien die Diskussionen im Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungspolitik bzw. allgemein die bundesweite Zusammenarbeit in diesem Bereich. Insofern sei ein neuer Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 10. Juni 2021 (vgl. MPK-Beschluss in der Anlage zur Information des Round Table, https://entwicklungspolitik-brandenburg.de/wp-content/uploads/MPK_Beschluss-EZ-Laender_2021.pdf (von VENROB-Homepage) von Bedeutung.

Die Entwicklungspolitik in Brandenburg solle durch die neuen Leitlinien besser mit anderen Strategien des Landes verzahnt werden und entwicklungspolitische Aspekte könnten in bestimmten Fachstrategien insgesamt mehr Beachtung finden. Auch kommunale Aspekte der Entwicklungspolitik müssten stärker mitgedacht werden. Die Baruther Schlossgespräche hätten hierfür schon regelmäßig entsprechende Impulse gesetzt.

Das MdFE plane, die Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Leitlinien möglichst bis Ende 2022 fertigzustellen. Das MdFE plane, die Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Leitlinien möglichst bis Ende 2022 fertigzustellen.

MARTIN FIELKO vom in Potsdam ansässigen *Collective Leadership Institute (CLI)* berichtet von der Anfrage einer Forschungsgruppe der Radboud University in den Niederlanden an das CLI. Diese will in einer über mehrere Jahre angelegten Studie „Citizen Initiatives for Global Solidarity (CIGS)“ im Hinblick auf das Ziel 17 – Partnerschaften – Identität, Rolle und Wirkung von kleineren entwicklungspolitischen NGOs respektive ehrenamtlich arbeitenden Personen und Gruppen der Zivilgesellschaft im globalen Süden wie Norden untersuchen. Deutsche Akteure seien bedauerlicherweise noch nicht Teil davon. Diese Idee kam

aus dem Benelux-Raum und wurde auf den European Development Days aufgebracht. Es wäre sinnvoll, die Projekte und Aktionen Brandenburger Entwicklungspolitischer NGOs in einen Forschungszusammenhang zu stellen und so in den bundesweiten Dialog einzubringen. Wer teilnehmen möchte, solle sich bitte mit ihm in Verbindung setzen. Kontaktdaten sind: martin.fielko@collectiveleadership.com". Ausführlicher dazu im Dokument im Anhang S. 40.

UWE PRÜFER bemerkt, dass diese Anfrage in der Steuerungsgruppe besprochen werden wird und möglicherweise Eingang in einen Programmpunkt findet, um die Daten zusammenzutragen.

IRENE HEUSER zeigt sich optimistisch bezüglich der Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Leitlinien. Mit dem Round Table könne man an das Bewährte in der Vergangenheit anknüpfen. Viele Teilnehmer:innen habe sie heute das erste Mal seit langem wieder gesehen. Sie hofft, dass die Erwartungshaltung nicht zu hoch ist und werde insbesondere auch auf den Städte- und Gemeindebund zugehen.

UWE PRÜFER als Moderator bedankt sich herzlich für die Teilnahme, verweist auf die Möglichkeit der Einreichung schriftlicher Beiträge von weiteren Akteur:innen des Round Table, die wegen des Online-Formats heute nicht zu Wort gekommen sind und beendet das Meeting.

Entwicklungspolitische Leitlinien DER LANDESREGIERUNG BRANDENBURG (BESCHLUSS DER LANDESREGIERUNG VOM 31. MAI 2012)

Präambel	14
1. Leitlinien	15
2. Schwerpunkte und Maßnahmen	16
2.1 Bildung und Jugend	17
2.2 Migration und Integration	17
2.3 Wissenschaft und Forschung	18
2.4 Wirtschaft	18
2.5 Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen	18
2.6 Round Table „Entwicklungspolitik des Landes Brandenburg“	19
2.7 Kommunikation	19
2.8 Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	19
2.9 Europäische Union und Europarat	20

PRÄAMBEL

Mit den „Entwicklungspolitischen Leitlinien“ von 1999 hatte die Landesregierung in der 2. Wahlperiode ihre entwicklungspolitischen Handlungslinien zusammenfassend dargelegt. Über zehn Jahre nach Beschlussfassung bleiben die hier getroffenen Grundaussagen in ihrem Wert und ihrer Erkenntnis richtig. Gleichwohl erschien nach einem fruchtbaren Diskurs mit vielen brandenburgischen entwicklungspolitischen Akteuren eine generelle Überarbeitung dieser Leitlinien sinnvoll. Damit soll den geänderten Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden. Der Änderungsbedarf bezieht sich sowohl auf Themen, die noch stärker in den Fokus der Politik gekommen sind (z.B. Nachhaltige Entwicklung), als auch auf einen gestiegenen Bedarf an besserem Monitoring und Vernetzung von Maßnahmen innerhalb des Landes und in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern und dem Bund, um das Thema „Entwicklungspolitik“ vor dem Hintergrund der Beschlusslage der Ministerpräsidentenkonferenz dauerhaft und sichtbar in der aktuellen Politik zu verankern.

Nicht zuletzt soll die Neufassung auch Anlass und Symbol für einen Neustart sein, der öffentlich wahrgenommen wird, um mit einem beherzten Impuls den Ideen und der konkreten Projektarbeit die erforderliche Unterstützung und zukünftig dauerhafte Aufmerksamkeit zu sichern.

Die Landesregierung dankt den brandenburgischen Akteuren des „Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg“ für die kritische Begleitung der letzten zwei Jahre in Erstellung der Leitlinien. Ihre Hinweise, ihr Engagement und ihre Arbeit sind für die Durchsetzung dieser Leitlinien von großer Bedeutung.

1. LEITLINIEN

Internationale Zusammenarbeit eröffnet Chancen, wenn Partner gemeinsam profitieren

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg ist in vielfältige internationale Bezüge eingebettet. Die Landesregierung wird einen Dialog in Gang setzen, wie die daraus resultierenden Potenziale in die Entwicklungspolitik des Landes einbezogen werden können. Das Land Brandenburg knüpft als mitgestaltender Akteur in der internationalen Zusammenarbeit an jene Kontakte an, die für die weitere Entwicklung des Landes in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht Erfolg versprechen. Zudem wird es damit seiner Mitverantwortung für eine weltweit nachhaltige Entwicklung gerecht. Die Chancen für das Land Brandenburg wachsen mit den Chancen seiner Partner. Die Kooperation "auf Augenhöhe" ist Bestandteil verantwortlicher internationaler Politik.

Leitbild "Nachhaltige Entwicklung"

Die weitere Entwicklung des Landes Brandenburg wird gestärkt, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die globalen Zusammenhänge in ihrer Bedeutung für sich erkennen und in die eigenen Entscheidungen im Sinne des Verfassungsgrundsatzes der "Einen Welt" einbeziehen.

Entsprechend sieht die Landesregierung im Leitbild der "Nachhaltigen Entwicklung"¹ die notwendige Zukunftsorientierung, um die regionalen wie globalen Herausforderungen zu meistern.

Nachfolgenden Generationen sollen Handlungsoptionen erhalten bleiben bzw. eröffnet werden, indem ökologische, ökonomische und soziale Aspekte in die aktuelle Politik integriert werden. Sie verfolgt deshalb das Ziel, eine Nachhaltigkeitsstrategie des Landes zu erarbeiten, das Prinzip der Nachhaltigkeit in der Gesellschaft stärker zu vermitteln und es in das Denken und Handeln der Menschen zu integrieren. Hierzu wird ein breiter öffentlicher Dialog geführt. Die "Millenniumserklärung der Vereinten Nationen" von 2000 und die "Paris-Deklaration" über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit von 2005 bilden darüber hinaus den programmatischen Rahmen und die handlungsleitenden Prinzipien brandenburgischer Entwicklungspolitik.

Know How einbinden und sichern...

...in gemeinsamer Verantwortung des Bundes mit den Bundesländern...

Die Bundesländer kamen anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) im Oktober 2008 überein, Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen zu gestalten².

Der Beschluss benennt „Handlungsfelder für das Engagement der Länder“. Für das Land Brandenburg ergeben sich Anknüpfungspunkte in den Bereichen:

- Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit
- Wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit
- Klimaschutz und Energie
- Migration
- Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung
- Kultur.

Die Landesregierung sieht die gemeinsam entwickelten Maßnahmen im Rahmen der Entwicklungspolitischen Leitlinien als spezifischen Beitrag des Landes Brandenburg zur aktuellen MPK-Beschlusslage und damit zur konkreten Umsetzung der gemeinsamen Verantwortung für Entwicklungspolitik von Bund, Ländern und Kommunen.

¹ Wesentliche Stationen zur inhaltlichen Klärung des Begriffes:

- » - Konferenz der Vereinten Nationen 1972 in Stockholm (Umwelt)
- » - Ergebnisse der "Brundtlandkommission" von 1987
- » - Konferenz 1992 in Rio zu Umwelt und Entwicklung und der darauf folgende AGENDA 21 Prozess

² „Zukunftsfähigkeit sichern – Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“ (Stand: 22. Oktober 2008)

Die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch mit allen Bundesländern und dem Bund wird durch die aktive Mitarbeit des Landes Brandenburg im "Bund-Länder Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit" und hier den Arbeitsgruppen "Bildung" und "Entwicklungspolitische Kommunikation" gewährleistet.

...in eigener Verantwortung mit den brandenburgischen Partnern.

Die Landesregierung ist sich bewusst, dass sie gerade in der Entwicklungspolitik nur im Verbund mit anderen - insbesondere nichtstaatlichen - Akteuren langfristig erfolgreich sein kann. Deswegen setzt sie auf die bestehenden agilen Vereine und ihre Netzwerke.

Weiter strebt sie in der Umsetzung der Leitlinien, Schwerpunkte und Maßnahmen einen engen Austausch mit dem Landtag an.

Transparenz herstellen, Engagement und Monitoring sichern

Die transparente Einbeziehung brandenburgischer Akteure wird durch den "Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg" umgesetzt. Dieser soll einen Prozess engagierter Beteiligung und Politikgestaltung unterstützen und Sorge tragen, dass sich verändernde Inhalte erkannt, Maßnahmen umgesetzt und stetig weiter entwickelt werden.

Politikgestaltung in Ausrichtung auf das Verfassungsziel der "Einen Welt"

Rahmen und Auftrag zur internationalen Zusammenarbeit, zur Friedenspolitik und zu den Menschenrechten bilden die Festlegungen der Verfassung des Landes Brandenburg, in der sich das Land zur gleichberechtigten, rechtsgebundenen und verantwortungsvollen Kooperation mit ausländischen Partnern bekennt:

Präambel

"...im Geiste der Traditionen von Recht, Toleranz und Solidarität in der Mark Brandenburg, gründend auf den friedlichen Veränderungen im Herbst 1989, entschlossen, das Bundesland Brandenburg als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland in einem sich einigenden Europa und in der Einen Welt zu gestalten."

Artikel 2, Absatz 1

"Brandenburg ist ein freiheitliches, rechtsstaatliches, soziales, dem Frieden und der Gerechtigkeit, dem Schutz der natürlichen Umwelt und der Kultur verpflichtetes demokratisches Land, welches die Zusammenarbeit mit anderen Völkern, insbesondere mit dem polnischen Nachbarn, anstrebt."

Artikel 2, Absatz 3

„Das Volk des Landes Brandenburg bekennt sich zu den im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in der Europäischen Sozialcharta und in den Internationalen Menschenrechtspakten niedergelegten Grundrechten."

2. SCHWERPUNKTE UND MASSNAHMEN

Die Herausforderung der nächsten Jahre wird es sein, in Kenntnis der genannten übergeordneten Handlungsfelder im Rahmen der gemeinsamen Bund-Länder- Verantwortung und der konkreten Arbeit der entwicklungspolitischen Akteure realistische und im Ergebnis überprüfbare unterstützende Maßnahmen im Land Brandenburg auf den Weg zu bringen.

Die Möglichkeiten für einen aktiven Beitrag des Landes Brandenburg im Rahmen der Entwicklungspolitik sind mannigfaltig. Gleichwohl sind die Ressourcen des Landes begrenzt und es müssen Schwerpunkte gesetzt werden¹. Die Realisierung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist dabei ein zentrales Thema. Deshalb wird in den geförderten Projekten die Geschlechterperspektive einbezogen, das heißt, die unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen sowie – Bedürfnisse von Frauen und Männern sind zu berücksichtigen.

¹ Es zeigte sich im Ergebnis des ersten "Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg" vom Dezember 2010, dass die Arbeit der entwicklungspolitischen Akteure im Land Brandenburg breit angelegt sind. Dazu gehören Themen wie: Nachhaltige Entwicklung, Fairer Handel/ Faire Beschaffung, Bürger- und Beteiligungshaushalt, Kommunale Entwicklungs- und Klimapartnerschaften, Migration, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Landesregierung sieht für ihre Arbeit insbesondere folgende Schwerpunkte:

2.1 BILDUNG UND JUGEND

Bildungspolitik ist im Grundgesetz als Länderangelegenheit definiert. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit ist Teilmenge Globalen Lernens und für die Landesregierung integraler Bestandteil einer "Bildung für nachhaltige Entwicklung" (BNE). Der Landesaktionsplan "Bildung für nachhaltige Entwicklung" (LAP) bildet dabei den Rahmen, BNE – und damit auch Globales Lernen – in allen formalen und nichtformalen Bildungsanstrengungen im Sinne lebenslangen Lernens zu etablieren. Dies trägt dazu bei, den Herausforderungen einer globalisierten Gesellschaft zu begegnen.

Globales Lernen fördert die Achtung und Bewahrung von Völkerrecht und Menschenrechten. Dies schließt **Bildungsarbeit gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ein**. Das Land Brandenburg sieht sich in der "regionalen Verankerung entwicklungspolitischer Inhalte" in der Pflicht. Schulischen Lern- und Lehrprozessen kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung zu. Dazu können aus den Curricula entsprechend konkrete Inhalte abgeleitet werden.

Ein Schwerpunkt der Ausgestaltung des Globalen Lernens in den Bildungseinrichtungen des Landes ist die Umsetzung des **"Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung** im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung" in Verbindung mit dem LAP. Dieser Orientierungsrahmen ist ein Gemeinschaftsprojekt der Kultusministerkonferenz mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Um die Herausforderungen, die das Globale Lernen an **Lehrkräfte sowie Pädagoginnen und Pädagogen** stellt, zu meistern, hat das Land Brandenburg ein Unterstützungssystem aufgebaut. In dieses Unterstützungssystem sind Lehrkräfte als Beraterinnen und Berater integriert. Es umfasst außerdem Angebote des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) und des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitutes Berlin-Brandenburg (SFBB). In diesem System ist auch die Mitarbeit von Fachkräften aus Nichtregierungsorganisationen vorgesehen.

In einer Vereinbarung mit den Umwelt- und Eine-Welt-Dachverbänden, der Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung Brandenburg e.V. (ANU) und dem Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB) hat das MBS sichergestellt, dass Fachleute aus den Mitgliedsverbänden insbesondere im Ganztagsbereich ihre Expertise Schulen zur Verfügung stellen können. Externe Fachkräfte leisten damit einen Beitrag, **Globales Lernen** im Rahmen einer BNE in den Schulen zu verankern. Hervorzuheben sind in diesem Kontext die alljährlich stattfindenden Brandenburger Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (BREBIT), die durch die Landesregierung unterstützt werden.

Das Land Brandenburg begrüßt und unterstützt **Schulpartnerschaften**. Sie sind Möglichkeiten einer erweiterten Kommunikation und Zusammenarbeit im Rahmen des Globalen Lernens und der konkreten - häufig auch ehrenamtlichen - Entwicklungszusammenarbeit. Diese Kontakte sind wichtige Aspekte im Lernen für ein solidarisches und weltoffenes Brandenburg.

Die **Unterstützung von Freiwilligenprogrammen**, wie zum Beispiel das **Landesprogramm "Jugend für Entwicklungszusammenarbeit"**, bildet den Rahmen, um auch im **außerschulischen Bereich** jungen Freiwilligen die Möglichkeit zu geben, sich in konkrete Projekte in Afrika, Asien und Lateinamerika einzubringen. Junge Erwachsene arbeiten und lernen in diesen Ländern und geben als Rückkehrende ihre Erfahrungen im Land Brandenburg weiter bzw. engagieren sich in entsprechenden Initiativen und Nichtregierungsorganisationen.

Die Verankerung "Globalen Lernens" und diesbezüglicher Freiwilligenarbeit auch in der schulbegleitenden Bildungsarbeit ist Ausdruck für ein solidarisches Brandenburg. Deshalb unterstützt das Land Brandenburg **Schüleraktionen, die die Arbeit von Jugendlichen zu Gunsten von entwicklungspolitischen Projekten zum Ziel haben**.

2.2 MIGRATION UND INTEGRATION

Integration, Migration und Entwicklungszusammenarbeit müssen als Einheit betrachtet werden. Zugewanderte in Brandenburg sind eine wachsende Gruppe, die einen aktiven entwicklungspolitischen Beitrag leistet und zwar nicht nur indem sie ihre Familien in den Herkunftsländern finanziell unterstützt. Als „Brückenbauer“ zwischen verschiedenen Ländern etablieren Migrantinnen und Migranten oft langfristige Handelsbeziehungen, Wissensnetzwerke und soziale Kontakte, die ein großes Potential für das Aufnahmeland darstellen. Ein wertschätzender Umgang mit kultureller Vielfalt im eigenen Land ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein weltoffenes Handeln und eine verantwortungsvolle Entwicklungspolitik.

Im Sinne einer dreifachen Perspektive für Herkunftsland, Aufnahmeland und die Zugewanderten selbst sieht und würdigt die brandenburgische Landesregierung die Beziehungen zwischen den Zugewanderten und ihren Herkunftsländern als aktivierendes und moderierendes Element einer nachhaltigen Entwicklungspolitik und der Weiterentwicklung des Landes Brandenburg. Dazu können insbesondere Projekte in Gesellschaft (zum Beispiel Kultureinrichtungen als Lernorte), Politik und Wirtschaft beitragen, die Kenntnisse und Potenziale von Migrantinnen und Migranten gleichberechtigt einbeziehen und fördern.

2.3 WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Die **Potenziale der Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen in Brandenburg** dienen auch der Entwicklungspolitik und leisten einen Beitrag zur Bildungsk Kooperation und wissenschaftlichen Zusammenarbeit. Renommiertere brandenburgische Forschungseinrichtungen erarbeiten unter anderem in den Klima-, Umwelt-, Ernährungs- und Geowissenschaften Beiträge von weltweiter Beachtung und Bedeutung, die die Entwicklungszusammenarbeit befördern.

Alle brandenburgischen Hochschulen streben im Rahmen ihrer Internationalisierungsstrategien an, ausländische Studierende und Lehrende zu gewinnen und schließen **Kooperationsabkommen mit ausländischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen** ab. Neben akademischen Gründen für die Internationalisierung, wie Wissenstransfer oder dem internationalen Abgleich von Wissen, sind auch politische Gründe von Bedeutung: Führungskräfte in Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft, Politik und Medien können überzeugender als Partner für Deutschland gewonnen werden, wenn sie ihr Studium oder einen Teil ihres Berufslebens an deutschen Hochschulen absolviert haben. Sie sind authentische Mittler für Programme des „Globalen Lernens“ und nach ihrer Rückkehr in ihre Heimatländer aufgrund der bestehenden Netzwerke „Brückenbauer“, die dem Land Brandenburg dauerhaft verbunden bleiben. Dies ist einerseits gelebte Völkerverständigung und andererseits praktische Entwicklungspolitik, wenn beispielsweise Forschungsergebnisse oder Seminarkonzeptionen zum Klima- und Umweltschutz für ausländische Hochschulen zugänglich gemacht werden.

Da Hochschulen nicht nur wissenschaftliche, sondern auch **kulturelle Begegnungsräume** sind, spielen bei der Umsetzung der Internationalisierungsstrategien die Themen „Weltoffenheit“, interkulturelle Empathie“, „Toleranz und Wertebildung“ sowie „Globales Lernen“ eine herausragende Rolle. Dabei wird die vielfältige nationale Herkunft der Studierenden und Beschäftigten als Chance begriffen und durch Maßnahmen des Diversity Managements gefördert. Dies spiegelt sich sowohl in der Lehrplänen und Forschungsaktivitäten als auch in den Beziehungen der Hochschulen zu ihrem regionalen Umfeld und in ihren Auslandskontakten wider.

2.4 WIRTSCHAFT

Die **Potenziale der brandenburgischen Wirtschaft** und das Know How einzelner Unternehmen sollen auch für die Entwicklungspolitik mehr als bisher einbezogen werden. Es gilt Synergien, die sich im Inland durch Zuwanderung und Unternehmenskooperationen ergeben, mit ausländischen Partnern für das Land in beiderseitigem Interesse zu erschließen. Das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten strebt einen engen Austausch insbesondere mit der IHK Potsdam an, die eine vom BMZ finanzierte Personalstelle - dem sogenannten „Scout für Entwicklungszusammenarbeit“ - erhalten hat.

Brandenburgs Wirtschaftspolitik ist insbesondere an einer globalen Zukunftsfähigkeit zu orientieren. Sie soll zum Aufbau von Wirtschaftsstrukturen und -beziehungen im Sinne der Nachhaltigkeit beitragen, d.h. ressourceneffizient und klimagerecht sein, aber auch „Hilfe zur Selbsthilfe“ bieten. Diesbezüglich vorhandene Stärken, wie das Potenzial und Know How erneuerbarer Energien, sind besonders zur Geltung zu bringen. In der Energiepolitik sind die nationalen und internationalen Zielsetzungen, rechtlichen Rahmenbedingungen und technologischen Entwicklungen die wesentlichen Leitplanken für den weiteren Weg des Energielandes Brandenburg. Die brandenburgische Energiepolitik bewegt sich dabei in einem Spannungsfeld von Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit sowie Akzeptanz und Beteiligung.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bekennt sich die Landesregierung zu den im Vergabehandbuch (VOL/A) festgelegten Prinzipien, „in begründeten Fällen eine Eigenerklärung zu verlangen, mit der sichergestellt wird, dass die angebotenen Lieferungen oder Leistungen ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinn des Übereinkommens Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation erzeugt worden ist. Eigenerklärungen kommen derzeit insbesondere bei folgenden Produkten in Betracht, falls diese in Afrika, Asien oder Lateinamerika hergestellt oder bearbeitet wurden: Sportbekleidung, Sportartikel, insbesondere Bälle; Spielwaren; Teppiche; Textilien; Lederprodukte; auffällig billige Produkte aus Holz; Natursteine; Agrarprodukte wie z.B. Kaffee, Kakao, Orangen- oder Tomatensaft.“

2.5 ZUSAMMENARBEIT MIT NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN

Die Landesregierung wird - gemeinsam mit dem Bund - die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die wichtige Arbeit der **entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen** in hoher Qualität fortgesetzt werden kann und diese finanziell weiterhin unterstützen. Der 2010 von der Landesregierung eingerichtete Haushaltstitel „Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Projektförderung“ soll erhalten bleiben.

Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass im Netz der potenziellen Förderer (EU, BMZ, Stiftungen, Kirchen, etc.) über Transparenz, Vereinfachung und Vereinheitlichung von Anforderungen die Arbeitskraft der Projektträger mehr auf das inhaltliche Maßnahmeziel gerichtet werden kann.

Die Landesregierung schätzt in diesem Zusammenhang die Arbeit der „Stiftung Nord-Süd-Brücken“. Sie ist mit ihren spezifisch entwicklungspolitisch orientierten Förderinstrumenten für die Landesregierung ein wichtiges Bindeglied zwischen der Zivilgesellschaft und den ostdeutschen Ländern.

2.6 ROUND TABLE „ENTWICKLUNGSPOLITIK DES LANDES BRANDENBURG“

Zentraler Ort der Diskussion und des Austausches zur Entwicklungspolitik ist der **“Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg”**, der vom brandenburgischen Verbund der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (VENROB e.V.) und dem Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten gemeinsam durchgeführt und gestaltet wird.

Internationale Bedingungen wie Brandenburger Möglichkeiten und Kompetenzen verändern sich mit der Zeit. Auch hier sind **Landesregierung und Round Table gefordert, einen Lern- und Änderungsprozess in Gang zu halten, der garantiert, dass eine stetige Weiterentwicklung gewährleistet ist.**

Der Round Table wird das brandenburgische Know How bündeln und jährlich tagen. Er setzt sich aus Vertreter/innen der Zivilgesellschaft, Vereinen, Verbänden, Religionsgemeinschaften, Verwaltung und Politik zusammen.

Das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten versteht sich dabei als Partner im Diskurs mit allen engagierten Akteuren. Davon unberührt bleiben die Rechte und Pflichten der Landesregierung als Verfassungsorgan.

Ergänzt wird der Round Table durch ein **Portal im Internet**, welches entwicklungspolitische Basisinformationen allgemeiner Art und interaktive Angebote (Diskussionsforen zu spezifischen Themen) bereit hält.

Im Rahmen einer Arbeitsteilung sollen mit entsprechendem Monitoring durch die Teilnehmer unterschiedliche Schwerpunkte für festgelegte Zeiträume er- und bearbeitet werden. Inhalte und Tagesordnung werden vom Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten in Absprache mit VENROB e.V. vorgeschlagen. **Der Rahmen soll jeweils ein zweijähriges gemeinsames Arbeitsprogramm sein, welches bestimmte Themen und Maßnahmen in den Mittelpunkt stellt.** Die Arbeitsergebnisse des Round Table werden veröffentlicht.

Die Entwicklungspolitik der Landesregierung kann insofern auf neue Erfordernisse reagieren und bei Bedarf aktuelle Erkenntnisse aufnehmen.

Die Inhalte des Round Table werden mit anderen Diskussionsforen wie zum Beispiel dem Runden Tisch “Bildung für Nachhaltige Entwicklung” verknüpft, damit Prozesse gemeinsamen Interesses gestärkt und mögliche Doppelbeanspruchung der Stakeholder verhindert werden.

2.7 KOMMUNIKATION

Die **Kommunikation** und Vermittlung entwicklungspolitischer Inhalte soll ein Schwerpunkt in der Zusammenarbeit am “Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg” sein. Ziel ist es, dafür zu werben, im allgemeinen Bewusstsein die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit in den Landesbehörden, Kommunen (politisch, wirtschaftlich und kulturell), Verbänden und Nichtregierungsorganisationen dauerhaft zu verankern und als deren Bestandteil die Themen der Entwicklungspolitik für Brandenburgerinnen und Brandenburger erfahrbar zu machen. Eine besondere Herausforderung wird es sein, auf die globale Entwicklung bezogene Aspekte einzelner Sektorpolitiken – wie z.B. zu Energie und Klimawandel, zur Fachkräftesicherung und zu einer zukunftsfähigen Finanzpolitik – im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie in einer strategischen Kommunikation zusammenzuführen.

Eine gute Ausgangsbasis ist die wachsende Erkenntnis in der Gesellschaft insgesamt, dass viele Probleme nur im internationalen Zusammenhang und in einer Atmosphäre des gegenseitigen Respektes zu lösen sind.

Innerhalb der Landesverwaltung unterstützen die interministeriellen Arbeitsgruppen “Kommunikation” und “Nachhaltige Entwicklung” die Beschäftigung mit den genannten Themen.

Die Landesregierung ermutigt Brandenburger Kommunen zu eigenständigen Beiträgen, wie kommunalen Nord-Süd-Partnerschaften, Positionierungen und Kompetenzaufbau bei der Nachhaltigen Beschaffung, Wettbewerben wie “Fair Trade Town” usw. und unterstützt sie dabei. Die Initiativen der Lokalen Agenda 21 sind in ihren Aktivitäten zur Umsetzung des Kapitels 28 der UN-Konferenz von Rio (1992) zu stärken.

2.8 ZUSAMMENARBEIT MIT DEM BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

Darüber hinaus soll an der **Zusammenarbeit** mit vom **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (BMZ) finanziell unterstützten Initiativen festgehalten und diese weiter entwickelt werden:

- BREBIT (Brandenburger Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationstage),
- Chat der Welten,
- Orientierungsrahmen Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung,
- Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit im Dialog,
- bilaterale Kooperationsprojekte,
- interkulturelle Kompetenzbildung,

- Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd,
- Stiftung Entwicklung und Frieden,
- Personalkostenzuschüsse für bestimmte Programme.

Die Kooperation mit dem BMZ und den von diesem Bundesministerium gegründeten Gesellschaften "Engagement Global" und "Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit" erweitert die Handlungsmöglichkeiten der Landesregierung.

2.9 EUROPÄISCHE UNION UND EUROPARAT

Die **Europäische Union** bestimmt zunehmend die politischen Konditionen und den Handlungsrahmen ihrer Mitglieder. Das Land Brandenburg ist in vielfacher Hinsicht betroffen und gleichzeitig aufgefordert, die Rahmenbedingungen mit zu gestalten. In Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern und dem Bund gilt es die Dimension der EU-Politiken und Angebote des Europarates in der Entwicklungspolitik mehr als bisher einzubeziehen und das Know How der Europäischen Union zu Themen wie zum Beispiel sozial-ökologische Beschaffung, die unterschiedliche Umsetzung von entsprechenden Politiken in anderen EU-Ländern im Land Brandenburg umzusetzen bzw. entsprechende Erfahrungen nutzbar zu machen.

Die von der EU, vor allem den Generaldirektionen Bildung sowie Internationale Zusammenarbeit, angebotenen Förderprogramme werden auch zukünftig helfen, das Profil entwicklungspolitischer Aktivitäten im Land Brandenburg, insbesondere im entwicklungspolitischen Informations-, Bildungs- und Jugendbereich, zu schärfen.

Auch das Nord-Süd-Zentrum des Europarates in Lissabon hält gemeinsam mit der EU-Generaldirektion Internationale Zusammenarbeit ein Programm, die "Africa Europe Youth Cooperation" vor. Das Förderprogramm möchte die Rolle von Jugendorganisationen als Akteure der Zivilgesellschaft stärken. Zudem will es europäischen und afrikanischen Jugendlichen und Jugendleitungen den Austausch ermöglichen.

Die Europäische Union hat ihr für Verwaltungskooperationen konzipiertes Twinning- Programm inzwischen auf Länder erweitert, mit denen die EU ein Partnerschaftsabkommen geschlossen hat. Daraus ergeben sich weitere Einsatz- und Kooperationsmöglichkeiten für Landesbedienstete. In Verbindung mit denen auf kommunaler Ebene existierenden internationalen Städte- und Schulpartnerschaften ergeben sich auch mehr Anknüpfungspunkte für entwicklungspolitische Themen wie zum Beispiel die Nachhaltige Entwicklung. Die Landesregierung befürwortet diese Kooperationen und fördert sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten.



11. Round Table Entwicklungspolitik
8. Dezember 2021
Online

Mehr Entwicklungspolitik? Gewagt!

Marianne Ballé Moudoumbou
PAWLO e.V.



Mehr Entwicklungspolitik? • Gewagt!

Wie hat sich die Brandenburger Entwicklungspolitik
seit 2009 entwickelt?



*Eine qualitative und atmosphärische Änderung...
durch die Ablösung der Rot-Rot durch die Rot-Schwarz-Regierungskoalition
und vor allem durch den Einzug einer rechtsextremistischen Partei in den Landtag*

Gedanken und Positionen zum Wirken des Round Table
in zwei Legislaturen des Landtages

© Marianne Ballé Moudoumbou Dez. 2021





Mehr Entwicklungspolitik? • Gewagt!



Mobiler...

... präserter...



... und flächendeckender...

© Marianne Ballé Moudoumbou Dez. 2021



Mehr Entwicklungspolitik? • Gewagt!

Strategiepapier des „Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg“
 Verabschiedet zum 10. Treffen am 08.04.2019 von den NGO
Austausch fördern – Akzente setzen – Menschen begeistern
Nachhaltige Entwicklung im Land Brandenburg mitgestalten
https://entwicklungspolitik-brandenburg.de/wp-content/uploads/Strategiepapier_EPRT_Final_08_04_2019.pdf

Gelesener...

... partizipativer...

Brandenburg » Brandenburg

Rahmen und Auftrag zur internationalen Zusammenarbeit, zur Friedenspolitik und zu den Menschenrechten bilden die Festlegungen der Verfassung des Landes Brandenburg, in der sich das Land zur gleichberechtigten, rechtsgebundenen und verantwortungsvollen Kooperation im Sinn der „Einen Welt“ mit ausländischen Partnern bekennt.
 Entwicklungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Dabei stützt die Landesregierung sich auf engagierte Gruppen und Nichtregierungsorganisationen im Lande sowie auf das Landesnetzwerk VENROB.
https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/entwicklungspolitische_leitlinien_bb.3877315.pdf

... und anerkannter...

© Marianne Ballé Moudoumbou • Dez.2021





Mehr Entwicklungspolitik? • Gewagt!

Zukunftstour 2015 in Potsdam



... prominenter?...

© Marianne Ballé Moudoumbou Dez. 2021



Mehr Entwicklungspolitik? • Gewagt!



Wirtschaftsforum zum
Panafrikanischen
Frauentag (31.07.)
PAWLO in Kooperation
mit der IHK Potsdam

Panafrikanischer?

© Marianne Ballé Moudoumbou Dez. 2021



INPUT LEONIE EILERS (STAATSKANZLEI)

Zum Monitoring der Entwicklungs- politischen Leitlinien

In Sachen Nachhaltigkeitsbeirat und Landesnachhaltigkeitsstrategie haben sich in diesem Jahr deutliche Fortschritte ergeben:

Die Landesregierung hat am 09.02.2021 per Kabinettsbeschluss den Nachhaltigkeitsbeirat (NHB) für das Land Brandenburg eingerichtet. Es handelt sich um ein Expertengremium, in das insgesamt sechs Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft sowie der jungen Generation berufen worden sind. Der NHB soll die Landesregierung bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele beraten und unterstützen, aber insbesondere auch an der Überarbeitung der Landesnachhaltigkeitsstrategie mitwirken.

Der NHB ist ein ehrenamtlich tätiges Gremium und wird seitens der Staatskanzlei durch eine dort angesiedelte Koordinierungsstelle organisatorisch unterstützt. Bislang ist der NHB schon zu drei Sitzungen zusammengekommen. Informationen zu den Sitzungen finden sich auf der Webseite der Staatskanzlei unter: <https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.697007.de>

Die Landesnachhaltigkeitsstrategie (LNHS) soll in 7. Legislaturperiode unter Federführung der Staatskanzlei überarbeitet werden. Dabei kann auf einem guten Fundament aufgebaut werden: Der bestehenden LNHS aus dem Jahr 2014 und der Fortschreibung 2019. In der Fortschreibung aus dem Jahr 2019 ist bereits eine Ausrichtung an den 17 SDGs erfolgt. Diese soll mit der Weiterentwicklung natürlich fortgesetzt werden. Die Staatskanzlei arbeitet aktuell an ersten Eckpunkten mit konzeptionellen Überlegungen. Mit der Weiterentwicklung des LNHS strebt die brandenburgische Landesregierung an, den Nachhaltigkeitsgedanken noch stärker in die Gesellschaft zu tragen und Nachhaltigkeit noch deutlicher als Entscheidungskriterium im Regierungs- und Verwaltungshandeln zu verankern. Dem sollen zwei Ansätze Rechnung tragen: Ein nach „Außen“ gerichteter Ansatz, der vor allem die Umsetzung der 17 SDGs in der Gesellschaft über die landespolitischen Fachstrategien adressiert und ein nach „Innen“ gerichteter Ansatz, der auf das nachhaltige Handeln der Landesverwaltung selbst abzielt.

BEITRAG **MARTIN POHLMANN (MLUK)**

Bericht Sachgebiet Nachhaltigkeit

EP-LEITLINIEN: **SCHWERPUNKTE KOMMUNIKATION + ZUSAMMENARBEIT MIT NRO** **NACHHALTIGKEITSPLATTFORM**

Nach einer erfolgreichen Pilotphase in den Jahren 2019 und 2020 hat die Nachhaltigkeitsplattform im Februar 2021 ihre Arbeit wiederaufgenommen und setzt ihr Engagement gestärkt fort. Die Plattform dient dem Austausch der Nachhaltigkeitsakteure im Land und soll Beiträge zu wichtigen landespolitischen Vorhaben wie der Überarbeitung der Landesnachhaltigkeitsstrategie liefern (siehe <https://plattform-bb.de>). In der etwa 25köpfigen Steuerungsgruppe arbeiten auch Teilnehmer des RT EP mit, namentlich Herr Prüfer, Frau Piek, Frau Nelkert und Herr Schnabel. Insofern ist sichergestellt, dass die globale Dimension von Nachhaltigkeit dort nicht vernachlässigt wird.

Es bestehen Arbeitsgruppen zu den Themen Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Transformation/Wasser, Beteiligung, nachhaltige Digitalisierung, nachhaltige Kommune und nachhaltige Unternehmensführung. Die Arbeitsgruppen stehen allen Interessierten offen, deshalb würde ich mich freuen, wenn sich auch aus diesem Kreis bzw. aus Ihrem Umfeld Personen daran beteiligen.

Die Plattform wird weiterhin vom IASS betreut. Projektleiter ist Herr Prof. Renn, der zugleich Vorsitzender des Nachhaltigkeitsbeirates ist, Leiterin der Geschäftsstelle ist Frau Dr. Matuschke. Zwischen der Nachhaltigkeitsplattform und dem vom Ministerpräsidenten im Februar 2021 neu berufenen Nachhaltigkeitsbeirats hat sich eine Zusammenarbeit entwickelt.

Anfang November fand in Groß-Kreuz eine Plenarveranstaltung in Präsenz statt, an über 80 Personen teilnahmen. Videos zur Veranstaltung und die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sind im auf der Webseite der Plattform dokumentiert.

SCHWERPUNKT: WIRTSCHAFT **NACHHALTIGE BESCHAFFUNG STÄRKEN**

Mit der Reform des Vergabegesetzes wurde die nachhaltige Beschaffung in Brandenburg gestärkt. Seither ist die Berücksichtigung von ökologische und soziale Kriterien bei Ausschreibungen von Landesverwaltungen und anderen, der LHO unterliegenden Stellen nicht mehr nur eine Kann-Bestimmung, sondern eine Soll-Bestimmung. Das hat zur Folge, dass ein Verzicht auf Nachhaltigkeitskriterien bei Vergaben nur in atypischen, begründungsbedürftigen Fällen möglich ist.

Das Umweltministerium arbeitet mit dem MWAE an einer Ergänzung des Vergabehandbuchs der Landesregierung in Form eines zusätzlichen Kapitels zur Nachhaltigen Beschaffung. In Kürze startet die Ausschreibung eines Gutachtens, um eine Sachstandserhebung in den Vergabestellen des Landes durchzuführen, um auf dieser Basis zusammen mit den Betroffenen praxistaugliche Lösung für eine nachhaltige Beschaffung entwickelt werden.

Zuvorderst werden mit diesem Vorhaben ökologische Kriterien verbindlich werden. Ob auch Kriterien berücksichtigt werden, die unsere weltweite Verantwortung (**Fair**-Antwortung) für eine solidarische, gerechte Entwicklung berücksichtigen – namentlich die ILO-Normen - ist noch offen.

Hiervon würden vor allem Dienstkleidung, Bettwaren, Sportartikel, Spielwaren, Agrarprodukte wie Kaffee, Kakao, Orangensaft und Natursteine betroffen sein. Bisher ist in BB ausschließlich ILO-Konvention Nr. 182 gesetzlich adressiert, die auf die Beseitigung „ausbeuterischer Kinderarbeit“ abzielt (also die anderen ILO-Kernarbeitsnormen mit denen Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Beseitigung der Zwangsarbeit und Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf erreicht werden sollen, werden bisher nicht adressiert).

SCHWERPUNKT: ZUSAMMENARBEIT MIT DEM BMZ

ZUSAMMENARBEIT MIT DER SKEW

Das Brandenburger Europaministerium hat 2018 eine Veranstaltungsreihe GlobalLocal mit den Kommunen ins Leben gerufen, wo vor Ort mit den Bürgern über Nachhaltigkeit, Klimaschutz und die Folgen des Klimawandels diskutiert wird. Die SKEW ist daran finanziell beteiligt. Die Organisation hat Geko - Gesellschaft für Europa- und Kommunalpolitik übernommen. Das MLUK hält dort Impulsvorträgen und steht für die Diskussion zur Verfügung. Diese Reihe wurde in diesen Herbst und Winter fortgesetzt. Es waren acht Veranstaltungen in verschiedenen Kommunen angesetzt. Leider fanden coronabedingt nur zwei Veranstaltungen in Prenzlau und Bad Belzig statt.

Weiterhin ist das Umweltministerium an der Organisation der Baruther Schlossgespräche beteiligt, die dieses Jahr zum 6. Mal stattfanden. Dieses Format hat sich bewährt und bietet interessante Einblicke in die Schnittstelle Kommune/Land bei der Nachhaltigen Entwicklung.

Mittlerweile hat sich zur Steuerung dieser und weiterer Aktivitäten ein Stakeholderbeirat gebildet – wo u.a. eine weitere ähnliche Veranstaltung in Eberswalde vorbereitet wird.

EP-LEITLINIEN: BILDUNG + JUGEND ZUSAMMENARBEIT MIT NRO:

JUGENDFORUM NACHHALTIGKEIT FORTGESETZT

Mit der Erstellung der LNHS wurde 2013 ein Jugendforum eingesetzt gegründet. Seither hat es jährlich wiederkehrend in verschiedenen Formaten Beteiligungsaktivitäten zum Thema Jugend und Nachhaltigkeit/Nachhaltigkeitsstrategie gegeben. In 2021 beteiligt sich das Jugendforum schwerpunktmäßig an der Erstellung des Klimaplanes. Dazu fand am 27.11. eine Online-Veranstaltung mit 50 Jugendlichen statt. Die Ergebnisse bzw. Forderungen des JufoNas sind auf der Webseite des Jugendforums dokumentiert; sie wurden am 1. Dezember Herrn Minister Vogel übergeben.

BEITRAG **KERSTIN TRICK (MLUK)**

Aktivitäten im Bereich der außerschulischen Bildung für nachhaltige Entwicklung

SERVICESTELLE BNE – www.bne-in-brandenburg.de

Die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) Brandenburg e.V. wurde gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern - dem Verbund entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB) und der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNE) Eberswalde – durch das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) beauftragt, die Servicestelle BNE einzurichten und mit einer voraussichtlichen Laufzeit von fünf Jahren (bis Ende 2023) zu betreiben. Hinter der Servicestelle steht damit eine Gemeinschaft aus Interessenvertretungen der Umweltbildung, des Globalen Lernens und der Wissenschaft, die den Aufbau auf Basis langjähriger Erfahrungen und anknüpfend an zahlreiche vorhandene Netzwerke begleitet. Die Servicestelle hat ihren Sitz in der Geschäftsstelle der ANU Brandenburg e.V. im Haus der Natur in Potsdam.

Sie soll die Qualitätsentwicklung der BNE im Land Brandenburg koordinieren sowie bedarfsorientierte Qualifizierungs-/Weiterbildungsmaßnahmen für außerschulische BNE Akteur*innen organisieren und durchführen. Sie ist weiterhin die Geschäftsstelle für die Zertifizierung.

Die Servicestelle integriert bspw. im Rahmen von Methodentagen und Werkstattgesprächen das Thema „Globales Lernen“. So führten Eine-Welt-Promotorinnen bereits Schulungen zu fairer Schule oder zur kirchlichen entwicklungspolitischen Bildung durch.

ZERTIFIZIERUNG VON EINRICHTUNGEN MIT IHREN ANGEBOTEN

Das Zertifizierungsverfahren wird durch eine vom MLUK berufene Kommission gestaltet. Diese setzt sich aus Vertreter:innen unterschiedlicher für BNE in Brandenburg relevanter Bereiche zusammen. In der Kommission sind auch das MBS und das MdFE vertreten. Die Kommission berät und entscheidet in ihren Sitzungen über die Annahme oder Ablehnung der Anträge auf Zertifizierung und legt damit den Grundstein für die jährliche Zertifikatsverleihung durch das MLUK. Das Zertifikat gilt für vier Jahre. Grundlage dafür bildet der Qualitätskriterienkatalog:

<https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/BNE-Qualitaetskatalog-BB.pdf>

<https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/ueber-uns/oeffentlichkeitsarbeit/veroeffentlichungen/detail/~02-02-2020-der-brandenburger-lernweg>

NATIONALEN NATURLANDSCHAFTEN

www.natur-brandenburg.de/naturlandschaften/nationale-naturlandschaften-in-brandenburg/

In den Nationalen Naturlandschaften ist ein Dreiklang aus Verwaltung, Besucherzentren und Naturwacht für BNE zuständig. 2021 wurde die Naturwacht mit dem Junior-Ranger-Programm zertifiziert, das auch globale Zusammenhänge in den Blick nimmt. Es beschäftigt sich z.B. mit Perspektivenvielfalt – dazu gehören kontroverse Sichtweisen. Welche Spannungsfelder werden im Angebot deutlich? Hierbei müssen Kompromisse

erarbeitet und Werte definiert werden, auch in Hinblick auf eine weltweite Gerechtigkeit (Wolfsschutz/Elefantenschutz; Regenwald-/Waldschutz/Flächenentwicklung; Fleischkonsum/Waldschutz).

Die Nationalen Naturlandschaften nehmen 1/3 der Landesfläche ein. Somit tragen sie maßgeblich dazu bei; BNE landesweit ins Bewusstsein zu rücken.

REGIONALE ENTWICKLUNGSSTRATEGIE

Eine weitere Möglichkeit, BNE in die Fläche zu bringen, ist die Verortung im Rahmen der Regionalen Entwicklungsstrategie. Die Staatskanzlei hat den Vorschlag des MLUK aufgegriffen und unter „Aktuelle Entwicklungstrends“ BNE integriert:

„Nachhaltigkeit spielt mit Blick auf eine wirtschaftlich leistungsfähige, sozial ausgewogene und ökologisch verträgliche Entwicklung eine immer größere Rolle, um sowohl den heutigen als auch künftigen Generationen gerecht zu werden. Die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist ein wesentliches Werkzeug, um die dafür notwendigen Schlüsselkompetenzen zu erwerben“.

SYNERGIEN ZWISCHEN LEADER UND BNE

Die LEADER-Regionen umfassen den gesamten ländlichen Raum Brandenburgs. Derzeit entwickeln sie die Gebietsentwicklungsstrategien mit Handlungsschwerpunkten für die kommende EU-Förderperiode. Derzeit prüft das MLUK gemeinsam mit der Heimvolkshochschule am Seddiner See, Fachbereichsleitung Forum Ländlicher Raum – Netzwerk Brandenburg, mögliche Synergieeffekte, da BNE ein wichtiger Baustein zur Erfüllung der landespolitischen Priorität „Bessere Bildungschancen“ sein kann. Auch wenn das LEADER-Förderprogramm überwiegend investiv arbeitet und Bildungsangebote eher nicht-investiv ausgerichtet sind, muss das kein Hindernis sein, da über LEADER wertvolle Synergien mit Einrichtungen, Orten, Produkten und Dienstleistungen entstehen können. Das bottom-up-Prinzip von LEADER korrespondiert mit dem BNE-Anspruch von Kooperation und Teilhabe. Es gilt, die BNE-Akteur:innen und die LEADER-Manager zu sensibilisieren und sich einzubringen.

KOMMUNEN

In bundes- und landesweiten Strategien und auch der Transformationsforschung wird der kommunalen Ebene eine zentrale Rolle für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft beigemessen. Gerade die direkte Betroffenheit und auch das persönliche Erleben, vor Ort wirksam sein zu können, motiviert Menschen auf kommunaler Ebene Nachhaltigkeitsinitiativen zu gründen. Städte, Gemeinden und Kreise sind für viele der Themen wie Klimaschutz und Mobilität sowie Daseinsvorsorge zuständig. Und die Kommunen setzen, beispielsweise im Sozialbereich, auch die Rahmenbedingungen der Landes- und Bundesvorgabe um. Umgekehrt kann die Kommune auch Treiber von Innovationen sein: durch Modellprojekte, Ausnahmeregelungen, Reallabore und ähnlichem. Der 11. Runde Tisch BNE hatte daher in diesem Jahr die Kommunen in den Fokus gerückt.

Die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) soll bei der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiter:innen der Landesverwaltung und in Kommunen etabliert und gefestigt werden, denn sowohl die Behörden und Einrichtungen des Landes, die Landesbetriebe als auch Landkreise, Städte und Gemeinden sind wichtige Multiplikatoren mit Vorbildfunktion in ihren Einflussbereichen. Daher haben ANU Brandenburg e.V., Brandenburg21 e.V. und MLUK gemeinsam mit den Bildungseinrichtungen des Landes und der Kommunen sowie der Volkshochschulen einen Aufruf an potentielle Dozent:innen gestartet, damit entsprechende Schulungsprogramme eingerichtet werden können.

BNE wird auch im Rahmen der Nachhaltigkeitsplattform in der AG „Nachhaltige Kommunen“ ein wichtiges Thema bleiben.

BEITRAG ROBERT BEIßEL (MBJS)

Bereich Bildung in der Jugendabteilung

1. PROJEKTE, DIE BEIM ROUND TABLE VORGESTELLT WURDEN:

1.1 Handreichung des LISUM zum Thema „Europabildung in der Schule“

(veröffentlicht: https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/themen/Europabildung/Materialien/HR-OHR_Europabildung_2021_05_07.pdf):

Sie baut auf dem Rahmenlehrplan für die Jahrgangsstufen 1–10 in Berlin und Brandenburg (RLP) und dem Orientierungs- und Handlungsrahmen (OHR) Europabildung in der Schule auf. Die Handreichung illustriert unter Bezugnahme auf den RLP Teil C jahrgangsbezogene Vorschläge für die Umsetzung in den einzelnen Fächern sowie für fächerübergreifenden Unterricht. Beispiele aus der Praxis, ausführliche Anregungen, methodische Hinweise sowie weiterführende Literatur ergänzen die Vorschläge. In einem ausführlichen Serviceteil sind viele regionale und überregionale Ansprech- und Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner genannt.

1.2 Handreichung des LISUM zum Thema „Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen“ steht kurz vor der Veröffentlichung:

Um die Thematik kompetenzorientiert in den schulischen Alltag zu integrieren, ist mit der Handreichung eine umfangreiche, vielfältige und anregende Sammlung verschiedenster Informationen, Materialien, Hinweise, Tipps und Hilfen für die schulische Praxis entstanden. Die Handreichung knüpft direkt an die Ausführungen des Rahmenlehrplans für die Jahrgangsstufen 1-10 in Berlin und Brandenburg (RLP) sowie des Orientierungs- und Handlungsrahmens (OHR) an und überführt diese in die schulische Praxis.

1.3 Jugendforum Nachhaltigkeit (JUFONA):

seit Ende 2019 in der heutigen Form gebildet. Mit finanzieller Unterstützung des MBJS - und vor allem nun in massiver Form durch das MLUK - kann bis 2024 ein JUFONA etabliert werden. Das JuFoNa verfolgt das Ziel, Jugendbeteiligung zu Nachhaltigkeitsthemen auf Landesebene fest und langfristig zu verankern. Das JUFONA will einen Beitrag dazu leisten, in dem engagierte Jugendliche

- sich mit jungen Menschen aus ganz Brandenburg vernetzen und austauschen
- durch Workshops und Seminare die Meinungen, Ideen und Vorschläge von jungen Menschen bündeln
- einen Austausch mit der Landespolitik ermöglichen und koordinieren.

Grundsätzlich will das JUFONA entweder aktuelle politische Prozesse aufgreifen und versuchen konkret in diese Prozesse eine Jugendperspektive einzubringen oder selbst Themen bestimmen, die wichtig sind und versuchen dazu mit Landespolitiker*innen ins Gespräch zu kommen. 2021 wird schwerpunktmäßig, die Perspektive junger Menschen in den Klimaplan eingebracht, da zwischen Mai 2021 und März 2022 die Landesregierung für Brandenburg einen Klimaplan erarbeitet. Hier sollen so auch die Belange junger Menschen berücksichtigt werden.

Momentan besteht die Gruppe des JUFONA aus 15 jungen Menschen aus ganz Brandenburg, die sich regelmäßig (online) treffen, austauschen und planen.

1.4 „Jugend für Entwicklungszusammenarbeit“ (JfEz):

wird seit über 20 Jahren durch das MBSJ unterstützt. Das vom MBSJ finanzierte und seit 2013 mit der Stiftung Nord-Süd-Brücken, gesteuerte Programm „Jugend für Entwicklungszusammenarbeit“ ermöglicht jungen Menschen zwischen 18 und 27 Jahren, zwischen 3 Wochen und 3 Monaten sich in und mit einer fremden Kultur in Afrika, Asien oder Lateinamerika auszutauschen und in Lern- und Arbeitsprojekten mitzuhelfen. Junge Menschen aus Brandenburg sollen so Gelegenheit haben, unmittelbar in Ländern zu lernen und zu arbeiten, die nach Maßstäben der Vereinten Nationen als ‚Entwicklungsländer‘ eingestuft werden. Darüber hinaus sollen Lern- und Arbeitsbegegnungen zwischen jungen Menschen aus den sogenannten Entwicklungsländern und brandenburgischen Jugendlichen im Land Brandenburg gefördert werden.

Die Programmteilnehmenden erhalten Gelegenheit, Kulturen und Lebensverhältnisse in Ländern Afrikas, Asiens, Ozeaniens oder Lateinamerikas bzw. für incoming-Projekte die Verhältnisse des Landes Brandenburg kennen zu lernen, konkret Wirkungen, Zusammenhänge und Folgen der Globalisierung zu erkennen, nach ihrer Rückkehr ihre Erkenntnisse und Erfahrungen weiterzugeben bzw. sich in entsprechenden Initiativen weiterhin für die Fragen des Lebens in der ‚Einen Welt‘ zu engagieren. Wesentliches Ziel des Programms ist es, eine praktische Mitarbeit in Bildungs-, Sozial- und Jugendprojekten in den sogenannten Entwicklungsländern zu ermöglichen. Jungen Menschen aus den genannten Ländern soll es ermöglicht werden, ihre Projektpartnerinnen bzw. -partner in deren brandenburgischem Lern- Arbeits- und Lebensumfeld kennen zu lernen und an entsprechenden Projekten mitzuarbeiten. Das Programm ist seit vielen Jahren der einzige landesseitige entwicklungspolitische Freiwilligendienst im Osten Deutschlands. Das MBSJ hat seit dem Start des Programms im Jahr 2000 in den vergangenen 21 Jahren die Maßnahme mit jährlich ca. 20- bis 43.000 Euro gefördert. Aus dieser Förderung erhielten durchschnittlich etwa 20 bis 30 junge Menschen p.a. einen entfernungsabhängigen Reisekostenzuschuss von 600.-€ bis 1.300.-€.

Auch Rückbegegnungen von jungen Erwachsenen aus den sog. Entwicklungsländern bei ihren Partnern in Brandenburg sind seit einigen Jahren möglich. Diese sog. Reverse-Komponente wird häufig und gern genutzt. Auch Schülergruppen / Schulpartnerschaftsprojekte sind aktive Nutznießer von JfEz. Das Programm wird im Rahmen eines Zuwendungsvertrages jährlich mit der Stiftung Nord-Süd-Brücken durchgeführt. Die Stiftung berät ggf. die Interessenten und übernimmt auch – sofern gewünscht – die interkulturelle Vor- und Nachbereitung der jungen Freiwilligen.

(Aufgrund der weltweiten Covid 19 Pandemie konnten im Jahr 2021 – wie schon in 2020 - nur sehr wenige Maßnahmen (ca. ein Drittel des früheren durchschnittlichen Mittelabflusses) finanziert und durchgeführt werden.)

2. PROJEKTE/PROGRAMME, DIE ICH HEUTE NICHT VORGESTELLT HABE:

2.1 GEKO e. V.: Projekt „Demokratiebildung im Europäischen Kontext am Beispiel der Themen Klimaschutz und Wiedervereinigung“:

an weiterführenden und beruflichen Schulen in verschiedenen Regionen Brandenburgs werden Projekttag oder Doppelstunden zu demokratischen Prozessen am Beispiel der Themen Klimaschutz und Wiedervereinigung durchgeführt. An den Projekttagen werden dazu vom Träger weiterentwickelte Planspiele bzw. Simulationen eingesetzt. In den Doppelstunden findet nach Vorabsprache zu den Bedarfen der jeweiligen Schule ein Mix aus einführenden Informationen und interaktiver Gruppenarbeit statt. Das Projekt wird vom MBSJ gefördert.

2.2 Deutsche Gesellschaft e.V.: „Konferenz zur Zukunft Europas – Werkstattgespräche zur EU“:

anlässlich der Konferenz zur Zukunft Europas finden bei den teilnehmenden Schulen Zukunftswerkstätten für Schülerinnen und Schülern ab Jahrgangsstufe 10 statt. Die Ergebnisse werden auf digitalen Pinnwänden (sgn. Padlets) festgehalten und präsentiert, die dann über die Homepage des Trägers oder den Bildungsserver für alle Brandenburger Schulen verfügbar sind. Das Projekt wird vom MBSJ gefördert.

2.3 Stiftung für Engagement und Bildung: „Salam Deutschland! Begegnungen auf Augenhöhe“:

Mit dem Projekt wird ein hybrides Lernkonzept zu den Themen Flucht, Migration und Integration etabliert. Es besteht aus e-Learning-Modulen, die individuell am Endgerät bearbeitet werden können, aus Präsenzworkshops vor Ort in der Schule und aus Webinaren, die alternativ zu Präsenzworkshops durchgeführt werden können. Es besteht aus vier Themenblöcken: der erste vermittelt Hintergrundwissen zum Thema Flucht, zu Herkunftsländern und Fluchtursachen. Im zweiten steht das Thema Ankommen und Asyl im Mittelpunkt, im dritten Integration und Diskriminierung. Hier geht es auch um Fehl- und Vorurteile den Geflüchteten gegenüber. Im vierten Block lernen die Jugendlichen Falschinformationen einzuordnen. Sie werden mit wichtigen Medienkompetenzen ausgestattet und erfahren, welche Erzählungen sich Fake News und Hate Speech zunutze machen, um menschenfeindliche Erzählungen über Soziale Netzwerke zu streuen. Das pädagogische Programm verfolgt einen partizipativen Ansatz und vermittelt interkulturelle Kompetenzen, um durch Begegnung und Reflexion die Perspektive zu wechseln und Handlungsoptionen in das eigene Umfeld zu tragen. Das Projekt wird vom MBSJ gefördert.

2.4 World University Service (WUS) e. V.: „Grenzenlos – Globales Lernen in der beruflichen Bildung“:

Mit dem o. g. Projekt soll das Ziel Themen der Nachhaltigkeit, entwicklungspolitische und Umwelt- sowie Globalisierungsthemen stärker in die Berufliche Bildung zu tragen, umgesetzt werden. Es ist wichtig, diese Themen auch in der Beruflichen Bildung zu stärken, damit junge Menschen in Deutschland befähigt werden, globale Entwicklungen auch beruflich und im beruflichen Umfeld mitzugestalten. Dieses Ziel wird auch in der Neuauflage des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung sowie durch das Weltaktionsprogramm BNE hervorgehoben. Das Projekt ist in vier Hauptmaßnahmen mit jeweils vier Zielen aufgebaut. Das Projekt wird vom MBSJ gefördert.

2.5 Demokratie und Integration Brandenburg e. V. (RAA Brandenburg): „18. BREBIT 2021 (Brandenburger Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationstage)“:

Die BREBIT greifen globale/entwicklungspolitische Themen auf und lädt Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrkräfte zum Mitmachen ein. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden in Projekttagen, Fortbildungen, Workshops, Ausstellungen, Lesungen oder Filmvorführungen zum Nachdenken angeregt und zum solidarischen Handeln motiviert. Im Jahr 2021 wird inhaltlicher Schwerpunkt die „Digitalisierung, Corona und globale Gerechtigkeit“ der BREBIT darstellen. Es werden die Erfahrungen von 2020 aufgegriffen, die Themen geschärft und ergänzt, wo es Bedarfe gibt. Neu auftauchende, neu zu formulierende und alte Fragen zu globalen Verwobenheiten und Machtverhältnissen werden mit den Schülerinnen und Schülern in den Blick genommen. Das Projekt wird vom MBSJ und MdfE kofinanziert.



Vernetzen. Investieren. Entwickeln.

Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

Seite 2 | 10.12.2021 | Titel der Präsentation



Aus 5 mach 1: Neue Dachmarke

EZ-Scout

Unternehmen. Chancen. Entwicklung.

Kooperation in Deutschland

- GIZ-Inlandsmitarbeiter*innen
- Dach- und Spitzenverbände
- IHK-Netzwerk
- Branchenverbände
- Ländervereine und Handwerkskammern
- Stiftungsorganisationen
- Fachkundige Beratung mit entwicklungspolitischen Know-How

EZ-Scout

Skilled Crafts

AND TRADES NETWORK 4 AFRICA

Kooperation mit dem deutschen Handwerk

- Integration des Handwerks in entwicklungspol. Kooperation vor Ort
- Initiierung von Partnerschaften zwischen deutschen und afrikanischen Handwerksbetrieben und Organisationen der beruflichen Bildung
- Praxisnahe Expertise und Prozessberatung



ExperTS

Economy. Transfer. Sustainability.

Kooperation in den AHKs

- Integrierte Fachkräfte
- DIHK Netzwerk
- AHKs
- Delegationen und Repräsentanzen der deutschen Wirtschaft
- Etablierung neuer Projekt- und Kooperationsinitiativen

ExperTS

Economy. Transfer. Sustainability.

GBN Global Business Network Programme

YOUR PARTNER FOR DEVELOPMENT COOPERATION

Kooperation in der EZ

- GIZ-Auslandsmitarbeiter*innen
- Etablierung von Business & Cooperation Desks
- Regionale Kooperation mit AHKs
- Etablierung neuer Projekt- und Kooperationsinitiativen

GBN Global Business Network Programme

YOUR PARTNER FOR DEVELOPMENT COOPERATION

BDI Perspektiven Schaffen: Wirtschaft für Entwicklung (Ostafrika)

Kooperation mit KMUs in Ostafrika und Deutschland

- Unterstützung von KMUs und Unternehmensverbänden in Ostafrika durch Capacity Development
- Wissensaustausch und -transfer zwischen deutschen und ostafrikanischen Unternehmen und Anbahnung gemeinsamer Geschäftsbeziehungen



Vernetzen. Investieren. Entwickeln.



Überblick

Einsatzorte in Deutschland und auf EU-Ebene



Business Scouts sind im Einsatz bei:
Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Branchenverbänden, Ländervereinen und (in Kooperation mit Engagement Global) Stiftungsdachverbänden

Derzeit:

- 11 Industrie- und Handelskammern
- 6 Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft (DIHK, BDI, ZDH, GHA,...)
- 9 Branchenverbänden
- 1 Länderverein
- 2 Handwerkskammern
- 1 BDI/BDA Brüssel
- 3 Stiftungsdachverbänden
- 2 Wohlfahrtsverband



Überblick

Internationale Einsatzorte

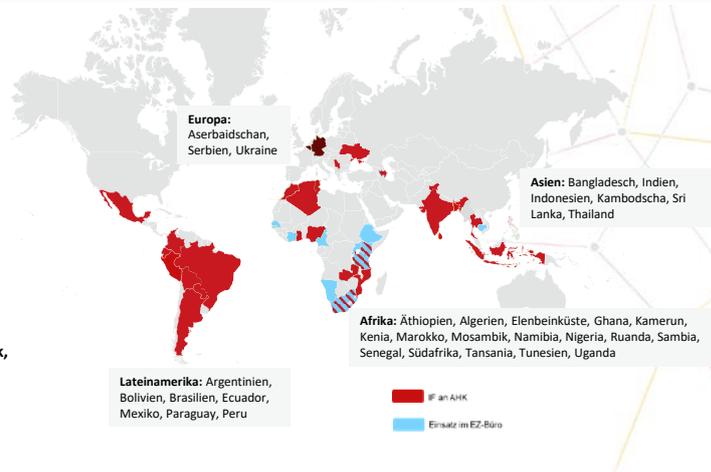
47

Business Scouts in den Partnerländern

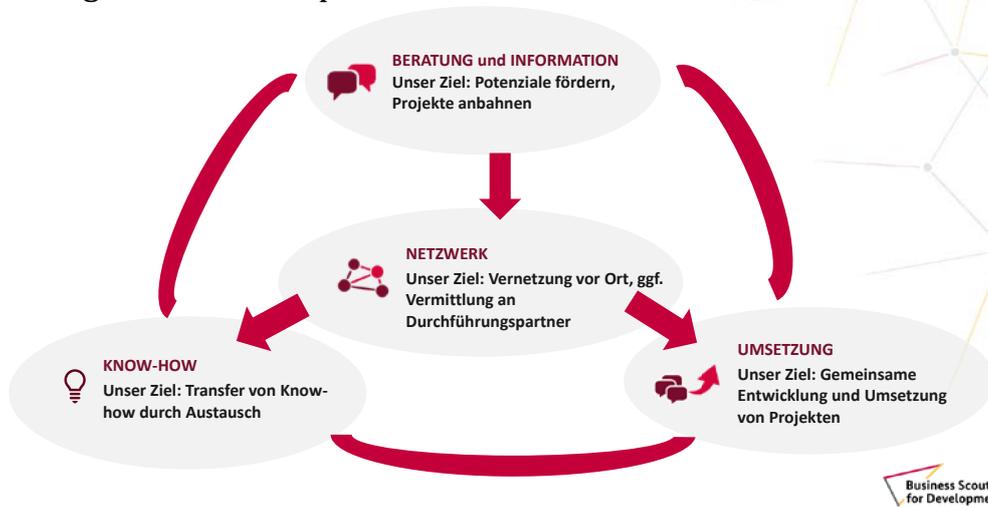
davon **27** Integrierte Fachkräfte im AHK Netzwerk,

9 Auslandsmitarbeiter*innen,

10 Nationale Mitarbeiter*innen



Aufgaben und Kompetenzen



Thematische Schwerpunkte im Überblick

Business Scouts arbeiten zu verschiedenen thematischen Schwerpunkten und fokussieren auf regionale Wirtschaftsräume: Unternehmen, Projekte und andere Partner werden gezielt vernetzt.



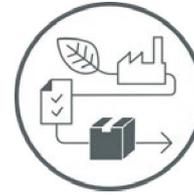
Klima



Energie, Umwelt



Digitalisierung



**Nachhaltiges
Lieferkettenmanagement**



**Agrar-/
Ernährungs-
wirtschaft**



**Nachhaltige
Wirtschafts-
entwicklung**



**Messe-
förderung**



Gesundheit



**Berufliche
Bildung**



Handwerk



Stiftungen



Imagefilm der Business Scouts

<https://app.leverist.de/partners/business-scouts-for-development>

Seite 8 | 10.12.2021 | Titel der Präsentation



Einsatz in der Region Nordostdeutschland & zusätzliche Projekte

Seite 9 | 10.12.2021 | Titel der Präsentation



Berufsbildungspartnerschaft geht in zweite Projektphase

Potsdam | Zansibar

- Zweite Phase der **Berufsbildungspartnerschaft** zwischen AVT und der Zanzibar National Chamber of Commerce (ZNCC) sowie der Vocational Trainings Authority (VTA) seit 15.04.2020
- Neues BBP-Projekt in Kambodscha seit 2021



2. Phase: Konzipierung und Betrieb des Kompetenzzentrums sowie Pilotierung eines Bildungsgangs für Auszubildende für Tourismussektor

1. Phase: Einführung der Ausbildung der Ausbilder/innen (AdA) in Anlehnung an die deutsche Ausbildereignungsverordnung (AEVO) unter Berücksichtigung der lokalen Begebenheiten in Sansibar



Seite 10 | 10.12.2021 | Titel der Präsentation

Business Scout für Nordostdeutschland



- **Einsatzzeitraum:** Okt. 2020 – Dez. 2022
- **Einsatzort:** Arbeitsplatz vor Ort in der IHK Potsdam
- **Zuständig** für drei Bundesländer mit insgesamt sieben IHKs
- **Angebote für Unternehmen:** Beraten und informieren (kostenfrei), Investitionsfinanzierung, -vorbereitung, -begleitung, Internationale Ausschreibungen / Entwicklungsprojekte, Nachhaltiges Lieferkettenmanagement & Sourcing, Fachkräfte gewinnen und qualifizieren, Neue Märkte erschließen: (Förder-)Projekte / Entwicklungspartnerschaften
- **Angebote für Netzwerkpartner:innen:** Austausch auf Augenhöhe, Sparring, Einbindung in Projektvorhaben und gemeinsame Projektumsetzung, Information & Beratung zur EZ im Allgemeinen

Seite 11 | 10.12.2021 | Titel der Präsentation



Zero Waste Management Zanzibar

Potsdam | Zansibar

- Training & Bewusstseinskampagne für weniger Plastikmüll & mehr **Kreislaufwirtschaft im Tourismus-Sektor** auf Zanzibar
- Neue Geschäftsmodelle für die Community durch Zero-Waste-Management (Bsp. Chako)



1) Training in Zusammenarbeit mit der **Berufsbildungspartnerschaft des Ausbildungsverbunds Teltow**

2) Kampagne entwickeln und durchführen

Tamara Mariela Moll / Lydia Koch / Bettina Löwentraut-Duran
Kontakt: tamara.moll@giz.de

Seite 12 | 10.12.2021 | Titel der Präsentation



Female Shift: Fostering Women Entrepreneurship

Potsdam | Namibia, Ruanda & Südafrika

Weibliche Gründungen im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit fördern:

- Synergien & gegenseitigen Austausch für innovative Lösungen zu gesellschaftlichen Herausforderungen durch **Mentoring** unterstützen
- **Digitale Konferenz** für mehr Sichtbarkeit & Förderprogramme für Gründerinnen aus Afrika & Deutschland



Webinarreihe im Herbst & digitale Konferenz am 19.11.2021

Mentoringprogramm auf Augenhöhe

Tamara Mariela Moll / Christina Pfandl / Judith Helfmann-Hundack
Kontakt: tamara.moll@giz.de

Seite 13 | 10.12.2021 | Titel der Präsentation



IHK-Zertifikatslehrgang ‚nachhaltiges Lieferkettenmanagement‘

Düsseldorf | Potsdam

- Pilotierung eines Zertifikatslehrgangs zum Lieferkettengesetz (LkSG) an den IHKs Düsseldorf & Potsdam
- Gemeinsame, modulare Konzeption mit den jeweiligen Weiterbildungszentren der IHKs



Inkl. Praxistraining und individuelle Begleitung

Angebot insbesondere für KMU



Seite 14 | 10.12.2021 | Titel der Präsentation



Tamara Mariela Moll



Business Scout for Development

IHK Potsdam für alle IHKs in Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern

Business-scout@ihk-potsdam.de
Tamara.moll@giz.de

Themenschwerpunkte:

- Afrika & MENA Region
- Osteuropa
- Nachhaltiges Wirtschaften/ Lieferkettengesetz
- Berufliche Aus- und Weiterbildung
- (Women) Entrepreneurship



BEITRAG BREBIT – MAGDALENA FREUDENSCHUSS

Bildungsarbeit mit dem pädagogischen Ansatz des Globalen Lernens spielt in diesen Zeiten globaler Krise eine besondere Rolle: Sie schafft mit ihrem Blick auf das Globale ein vertieftes, verbindendes Verständnis für lokale Prozesse und das eigene Erleben. Die BREBIT 2021 fand zum Thema Digitalisierung und globale Gerechtigkeit statt. Die BREBIT spricht gesellschaftlich drängende Fragen an und schafft mit ihren schulischen Projekttagen Reflexionsräume, in denen sich Kinder und Jugendliche eine eigene Meinung bilden können. 124 schulische Projekttage konnten in Präsenz stattfinden, obwohl der Koordinationsaufwand pandemiebedingt gestiegen war. Damit erreichte die BREBIT etwa den jährlichen Schnitt. Die Buchungsdynamiken zeigten aber auch Effekte der Pandemie: Im Gegensatz zu anderen Jahren gab es an den Schulen in den Monaten August und September so gut wie keine Gelegenheit, Projekttag durchzuführen, da diese Monate zur Erhebung des Leistungsstandes genutzt wurden. Gleichzeitig konnte die BREBIT zum ersten Mal Anfragen nicht bedienen, weil der Pool der freiberuflichen Referent:innen (etwa 30 Personen) ausgebucht war. Zum zweiten Mal kooperierte die BREBIT außerdem mit den Brandenburger Volkshochschulen, die rund 20 Angebote in ihre Programme aufnahmen.

Durch die konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit wichtiger Träger des Globalen Lernens in Brandenburg ist in den vergangenen Jahren ein engmaschiges kooperatives Arbeitsnetz gewachsen, das seine kontinuierliche Weiterentwicklung und seine Qualität aus der kooperativen Struktur zieht.

Die BREBIT selbst ist ein Vernetzungsprojekt, in dem 2021 fünf Brandenburger Vereinen mit engagiert waren. Neben der Konzeption und Koordination der jährlichen Themenschwerpunkte und Bildungsangebote sowie der dazugehörigen Beratung funktioniert die BREBIT-Koordinationsgruppe auch als Think Tank für Globales Lernen in Brandenburg.

2021 war die Arbeitssituation massiv durch Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Förderung geprägt. Das Globale Lernen in Brandenburg sah sich durch die unklare Haushaltsslage im Bund, angekündigte Kürzungen von Landesmitteln sowie die Umstrukturierung von Förderprogrammen wie dem Promotor:innenprogramm stark bedroht.

Seit Mitte 2015 gibt es eine Arbeitsteilung zwischen der BREBIT und den Promotor:innen für Globales Lernen sowie den kirchlichen Promotor*innen. Die Aktivitäten der Promotor*innen für Globales Lernen griffen verschiedene konzeptionelle Ideen auf und ergänzten vorhandene Angebote, um das Globale Lernen in Brandenburg systematisch weiterzuentwickeln und Vorhaben bei Bedarf langfristig zu beraten und zu begleiten.

Diese Kooperation wird so ab 2022 nicht mehr möglich sein. Das hat gravierende Auswirkungen auf die Angebote des Globalen Lernens in Brandenburg und macht es notwendig, auch die Arbeit innerhalb der Koordinationsgruppe umzustrukturieren. Dort, wo BREBIT-Projekttag Türöffner waren für längerfristiges entwicklungspolitisches Engagement, fehlen jetzt Angebote der Promotor*innen, solche Prozesse langfristig zu beraten und zu begleiten (Globales Lernen in Süd-Nord Schulpartnerschaften, Workshops für engagierte junge Menschen, Vernetzungen zwischen aktiven Schulen, längerfristige Projekte des Globalen Lernens an Schulen).

Die Promotor:innenstelle für Globales Lernen fokussiert jetzt ausschließlich auf Fortbildungen für Lehrkräfte und andere Multiplikator:innen. Eine wichtige Aufgabe, aber in der Einengung nicht dem Bedarf in Brandenburg angemessen.

Unklar ist, wie unter solchen prekären Bedingungen die Qualitätsansprüche, die im Bereich Globales Lernen in Brandenburg in den letzten Jahrzehnten etabliert wurden, zukünftig gewährleistet werden können. Auch wenn es gelingt, die Grundstrukturen des BREBIT-Netzwerkes aufrecht zu erhalten, braucht hochwertige, auf Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit hin orientierte Bildungsarbeit mehr als das Abwickeln von etablierten Abläufen: Es braucht Räume für Reflexion, Innovation und Kreativität – und damit Zeit, Freiräume und politische Unterstützung.



Den Stein ins Rollen bringen ...

Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung zum Thema machen

10/2020

erster Kontakt Mennonitisches Friedenszentrum Berlin (MFB)

11/2020

Konzeption Ausstellungsprojekt „Erzählende Steine aus Simbabwe“

12/2020

Projektvorstellung Ökumene Luckenwalde, Beirat MFB

02/2021

Konzeption Begleitprogramm, Ansprache von Kooperationspartner*innen

04/2021

Zusage der Kooperationspartner (Ev. Kirchengemeinde, Kreisverwaltung, Bibliothek Luckenwalde)

05/2021

Erstellung der Ausstellungstafeln, Terminierung des Begleitprogramms (geführte Spaziergänge, Workshops für Schüler*innen), Aufbau der Ausstellung

05/2021

Erstellung der Ausstellungstafeln, Terminierung des Begleitprogramms (geführte Spaziergänge, Workshops für Schüler*innen)

04/2021

Zusage der Kooperationspartner (Ev. Kirchengemeinde, Kreisverwaltung, Bibliothek Luckenwalde)

06-08/2021

Ausstellung an 3 Orten in Luckenwalde, Pressearbeit, Filmdreh „Bildungsarbeit in der EKBO“



3 geführte Spaziergänge, 7 Workshops in 4 Horten (200 TN), Filmpremiere auf der Landessynode (92 TN)

- ✓ 320 direkt erreichte Personen
- ✓ Breite Öffentlichkeit durch intensive PR
- ✓ Offene Türen für unsere Themen bei allen Kooperationspartner*innen



Den Stein ins Rollen bringen ...

und dann dran bleiben: Fairtrade-Stadt Neuruppin

April 21

Recherchen zur Kampagne #sporthandeltfair

Mai 21

Die Steuerungsrunde Fairtrade-Stadt Neuruppin beschließt zum Thema Faire Bälle Stundenpläne zu gestalten

Juni 21

Texterarbeitung und Gestaltung der Stundenpläne

Juli 21

Zusammenstellung einer Materialliste für Lehrkräfte zum Thema (Info-Broschüren, Stundenentwürfe ...)

August 21

Verteilen der Stundenpläne an allen städtischen Schulen und Versand der Materialliste mit Anschreiben.

Juli 21

Gespräche mit Sportvereinen, die sehr kritisch reagieren

Juli 21

Die Stadt stellt in den Haushalt 22 Mittel ein zur Anschaffung von Fair gehandelten Bällen für Kitas und Grundschulen

August 21

Infostand beim Familienfest des MSV im Stadion mit Fairtrade-Bällen zum ausprobieren



November 21

Festlegung des Stundenplan-Themas für 22 Absprachen mit Ev. Schule über einen Abdruck im hauseigenen Organizer.

2022

???

BEITRAG KED-EKBO – PATRICK ROGER SCHNABEL

Patrick Roger Schnabel, Beauftragter für den Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.

Die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) spielen für die Landeskirche eine wichtige Rolle. Während Ziele aus den Bereichen Soziales, Bildung und globale Gerechtigkeit schon traditionell fest im kirchlichen Leben verankert waren, gewinnen zunehmend Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes an Gewicht. So hat die Landessynode ein wegweisendes Klimaschutzgesetz verabschiedet, das u.a. eine kircheninterne CO₂-Abgabe vorsieht, aus deren Erträgen der Gebäudebestand als größter Emittent energetisch saniert werden soll. Auch der Bereich der Mobilität soll neu aufgestellt werden. In einem derzeit verhandelten Entwurf für ein noch weiterreichendes Umweltschutzgesetz kommen auch Aspekte wie nachhaltige und faire Beschaffung in den Blick.

Mit dem inzwischen ökumenischen – als konfessionsübergreifenden – Siegel „Faire Gemeinde“ soll im Sinne der SDG ein Brückenschlag zwischen den Belangen von Klima- und Umweltschutz und sozialem Ausgleich („Gerechtigkeit“) in lokaler wie globaler Perspektive gelingen. Das Siegel kann an Gemeinden, aber auch Kirchenkreise und diakonische Einrichtungen verliehen werden, die sich durch außerordentliches Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung einsetzen. Wichtig ist, dass dabei die unterschiedlichen Bereiche – etwa Einkauf und Wirtschaften, aber auch globales Lernen und soziales Engagement – vorkommen. Damit soll nicht zuletzt erreicht werden, dass Zielkonflikte erkannt und konstruktiv bearbeitet werden. Ein Beispiel ist die CO₂-Kompensation für internationale ökumenische Begegnungen.

Aus kirchlicher Sicht bedauerlich und unverständlich ist die Entscheidung des BMZ, die entwicklungspolitische Inlandsarbeit sowohl durch Kürzungen von Finanzmitteln als auch durch unnötige neue Verwaltungsvorschriften spürbar zu schwächen. Dies betrifft die Förderung im Promotor*innen-Programm bundesweit, aber insbesondere auch Brandenburg überproportional, weil hier die bisherige Förderung eines kirchen-nahen Eine-Welt-Bildungsprogramms als Komplementärstruktur zum Promo-Programm ganz entfällt. Die Kirche hatte dieses Programm bislang – analog zu den Ländern im Promo-Programm – zu 40% kofinanziert und ihre institutionellen Strukturen im ländlichen Raum für diese Arbeit genutzt. Durch die hoch engagierte und kompetente Arbeit der Referentinnen in diesem Programm konnten wichtige Wirkungen erzielt werden, die künftig so nur noch in wesentlich geringerem Umfang möglich sind. Besonders enttäuschend war für den KED, dass das BMZ diese gravierenden Änderungen in einer abrupten, inhaltlich fragwürdigen und intransparenten Weise kommuniziert und implementiert hat. Das hat das Vertrauen in die Zusammenarbeit erschüttert.

Kurzfristiges strategisches Ziel des Kirchlichen Entwicklungsdienstes ist nun, eine Rückfalloption zu schaffen, mit der zumindest einige der Errungenschaften der bisherigen, BMZ-geförderten Bildungsarbeit erhalten bleiben. Dazu gehört vor allem die Vernetzung mit den Eine-Welt-Promotor:innen, dem Landesnetzwerk VENROB, aber auch der Kontakt zu den zuständigen Stellen des Landes Brandenburg. Die Stärke der strukturell schwachen Zivilgesellschaft in Brandenburg liegt in ihrer guten Vernetzung, die bei weniger Förderung sogar noch wichtiger wird. Dies liegt auch im kirchlichen Interesse, da die Kirche und Werke längst nicht mehr genügend eigene Kapazitäten haben, um die Eine-Welt-Thematik umfassend in die Fläche zu tragen oder auch nur alle eigenen Gemeinden und Einrichtungen in diesem Feld fachlich angemessen betreuen zu können.

Längerfristiges strategisches Ziel des Kirchlichen Entwicklungsdienstes ist, die Interdependenz der verschiedenen SDG stärker ins kirchliche und öffentliche Bewusstsein zu rücken. Durch die schiere Wucht der Bedrohung durch die Klimakrise drohen andere Aspekte von Nachhaltigkeit aus dem Blick zu geraten und Zielkonflikte einseitig aufgelöst zu werden. Dies muss vermieden werden, da andere globale Herausforderungen medial weniger präsent, aber im Ergebnis nicht weniger dramatisch sind. Diese Erkenntnis müsste auch in der Landespolitik noch deutlicher werden.

BEITRAG MARTIN FIELKO

Collective Leadership Institute

A research team from Radboud University, the Netherlands, with longstanding experience in studying small scale voluntary development organisations led by **dr. Sara Kinsbergen**, is working on a new research project that aims to gain a better understanding of small scale voluntary development organisations in Europe, here referred to as Citizen Initiatives for Global Solidarity (CIGS). We are contacting you because we are convinced that you can make an important contribution to the study by providing access to the CIGS in your network in Germany.

The project is a multi-year continuation of European research into CIGS. This current study builds **on previous studies** and aims to obtain a deepened understanding of the CIGS landscape in the participating countries (i.e., France, Belgium, the UK and the Netherlands) and to unravel the identity, role and position of CIGS as development actors, including both their role in the global north (e.g., contribution to global citizenship) and their role in the global south (e.g., contribution to the SDGs). By joining forces in research in different countries we can put the spotlight on these so far relatively unrecognized and unknown CIGS, which could contribute to more evidence-based policy. The study will take up a mixed methods approach, combining a survey with Focus Group Discussions. The study is being conducted in close cooperation with CIGS support organisations in the participating countries, such as the **Collective Leadership Institute** in Germany.

German CIGS are not yet part of the study, which is a huge miss if we want to understand and compare the CIGS landscapes in Europe. We would highly appreciate your support in expanding the study to Germany. You can contribute by providing access to the CIGS in your network for the distribution of the survey. You can do so either by sharing the contact details of the CIGS located in your state (name of the organisation + email address, in excel) with the research team or by distributing the survey to these organisations directly. We are currently conducting the survey in the other participating countries and would love to start the distribution in Germany this fall as well! Organisations and institutes that contribute to the study also get access to the insights gained.

Could you kindly let us know whether you are interested to contribute to the study? Do you see other ways to collaborate? We would also love to hear about them!

If you have any questions, feel free to reach out to the research team via email (lonneke.jansen@ru.nl) or phone (+316 21193334).

ANNOUNCEMENT

EUROPEAN NETWORK FOUNDED TO SUPPORT SMALL LOCAL DEVELOPMENT INITIATIVES

On the international day for the eradication of poverty on the 17th of October 2021 a group of 10 European organisations established the European Network for Citizen Initiatives for Global Solidarity. This network aims to support and develop the movement of citizen initiatives for global solidarity in Europe. A movement of citizen initiatives of which many focus on the eradication of poverty. The network will be a European platform for all those that in one way or another support such citizen initiatives in global solidarity and believe in citizen driven development.

Citizen initiatives for global solidarity are organisations that promote solidarity and partnering between European citizens and citizens elsewhere in the world. The shape in which these initiatives arise are very diverse, but in most countries they are small citizen driven development initiatives. Such organisations exist in all European countries. Citizen initiatives support their partners in the world to achieve their own development objectives. The work of all these hundred thousands of initiatives helps to further human rights and achieve the Sustainable Development Goals worldwide.

The European network for Citizen Initiatives in Global Solidarity consists of organisations that research, fund, train, lobby for, promote or enable exchange between citizen initiatives for global solidarity. The purpose of the new network is to enable the exchange of knowledge between its members. Through this exchange the members are enabled to improve their; funding, training, networking and lobby practices and increase the understanding of the movement of citizen initiatives in Europe.

The network that is established now in 6 countries invites all funders, capacity builders, local, regional and national authorities, government agencies, national unions, networks and research institutions in Europe who take a keen interest in and support citizen initiatives for global solidarity, to support the mission of this network and join it.

List of founding and associated members:

- 11.11.11 from Belgium
- CISU from Denmark
- Collective Leadership Institute from Germany
- Eu can aid! from Brussels
- Hub Cymru Africa from Wales
- La Guilde from France
- Partin from the Netherlands
- Wereldhuis West-Vlaanderen from Belgium
- Vastenactie from the Netherlands
- Wilde Ganzen from the Netherlands

For more information please contact the temporary secretariat of the network at:

European Network for CIGS
 tao: ErnstJan Stroes
 Piet Mondriaanlaan 14
 3812 GV Amersfoort
 the Netherlands
 tel: +31 (0)33-204 5542
 mail: europeannetworkforCIGS@gmail.com



STRATEGIEPAPIER DES Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg

Verabschiedet zum 10. Treffen am 08.04.2019 von den NGO

AUSTAUSCH FÖRDERN – AKZENTE SETZEN – MENSCHEN BEGEISTERN

Nachhaltige Entwicklung im Land Brandenburg mitgestalten

Adressaten dieses Strategiepapiers sind die Entscheidungsträger*innen in Politik und Verwaltung auf Landes- und Kommunalebene sowie die Öffentlichkeit. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, dass 2019 in Brandenburg in die Diskussionen und Positionsbestimmungen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, zu den Kommunalvertretungen sowie zum Landtag die landesspezifischen Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten einer nachhaltigen Entwicklung eingebracht werden.

I. VERANTWORTUNG ERKENNEN UND BENENNEN

Den Round Table Entwicklungspolitik (RTEP) gibt es bereits seit Dezember 2010. Er ist ein gelungenes und im bundesweiten Vergleich vorbildhaftes Beispiel für gestalterische und gesellschaftlich verantwortliche Teilhabe im Rahmen moderner Landespolitik. Seine rund 40 Interessensvertreter*innen pflegen den Austausch zwischen Nichtregierungsorganisationen (darunter auch migrantische Vereine und Initiativen), dem Landtag, der Landesregierung, Kirchen, Hochschulen, der IHK Potsdam sowie weiteren Akteuren der brandenburgischen Entwicklungspolitik. Mit Verabschiedung der Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung am 1. Juni 2012 ist das Engagement des RTEP ausdrücklich gewürdigt und ihm seither zusätzliches Gewicht verliehen worden. Der RTEP hat sich zum Ziel gesetzt, im Dialog mit sämtlichen Stakeholdern auf die Umsetzung der Leitlinien zu achten und eine Weiterentwicklung der Leitlinien sicherzustellen.

Schon vor der Verabschiedung der 17 UN-Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal, SDGs) 2015 hat sich die konsequente Einbindung in den Gesamtkontext der Nachhaltigen Entwicklung als ein Kernpunkt und integrativ wirkendes Element in der Kooperation der Akteure erwiesen. Dieser übergreifende Zusammenhang bündelt Entwicklungspolitik, Umweltbewegung, Globalisierungsdebatten, Initiativen zur Geschlechtergerechtigkeit, Sicherheits- und Friedenspolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik in einen Nachhaltigkeitsansatz. Diesen gilt es noch intensiver als bisher in der brandenburgischen Politik sichtbar zu machen und dabei die Notwendigkeiten und Möglichkeiten selbstbewusst wahrgenommener Eigen- und Gesamtverantwortung herauszustellen und einzufordern.

Entwicklungspolitik geht immer einher mit antirassistischer Politik!

II. VERANTWORTUNG WAHRNEHMEN UND GESTALTEN

Die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung

- Die partizipativ entwickelten Leitlinien der Landesregierung sind im Ländervergleich von hoher Qualität. Nun sollten ihre nationale und internationale Anschlussfähigkeit nach Verabschiedung der SDGs und der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2017 durch entsprechende Aktualisierungen verbessert werden. Es bedarf noch großer und kontinuierlicher Anstrengungen aller Akteure, die Entwicklungspolitischen Leitlinien stärker in die Gesellschaft zu kommunizieren.
- Der RTEP 2018 hat bekräftigt, dass die strategische Abstimmung der brandenburgischen Entwicklungspolitik mit der Nachhaltigkeits- und der Internationalisierungsstrategie des Landes Priorität hat. Hier gibt es sichtbare Defizite, u. a. in den Bereichen Energie und Landwirtschaft. Von Seiten der brandenburgischen Wirtschaft wird z. B. die geringe Internationalisierungsquote als Schwachstelle identifiziert.
- Trotz der Fortschritte und Erfolge bei der Umsetzung der Leitlinien in den Verantwortungsbereichen der am RTEP beteiligten Ministerien muss weiter an der ressortübergreifenden Politikkohärenz in der Landesregierung insgesamt gearbeitet werden.
- Der RTEP hat in der Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien die kommunale Entwicklungspolitik als einen der Kernpunkte der Kommunikation erkannt und hierzu unterschiedliche Formate entwickelt. Das Problembewusstsein in den Kommunen und ihren Spitzenverbänden muss deutlich geschärft werden.

- Besonders wichtig bei der Implementierung der Entwicklungspolitischen Leitlinien war die Einrichtung von Haushaltstiteln im Landeshaushalt. Entwicklungspolitische Akteure haben diese Mittel genutzt, um die Zielstellung der Leitlinien mit Leben zu füllen.
- Nach wie vor benötigen die zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen eine verlässliche Finanzierung zur lang- und mittelfristigen Sicherung ihrer Arbeit. Mit dieser Unterstützung gewinnt die Landesregierung an Glaubwürdigkeit, die gesamtgesellschaftlichen Probleme in ihrer Komplexität zu erkennen, an deren Lösung partizipativ zu arbeiten und die begonnenen Prozesse dauerhaft abzusichern

III. VERANTWORTUNG ,FAIR'TEILEN UND EINFORDERN

Die Themen der Nachhaltigen Entwicklung sind im Zentrum der Gesellschaft angekommen: Energie, Klima, Ernährung, Armut, Weltwirtschaft, Reform des Weltfinanzsystems sind Schlüsselwörter in Bezug auf die internationalen Herausforderungen. Sie reklamieren eine entsprechende Relevanz auch in der brandenburgischen Landespolitik. Die Diskussionen und Positionsbestimmungen der politischen Parteien müssen dies in Brandenburg 2019 bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, zu den Kommunalvertretungen sowie zum Landtag widerspiegeln.

Gerade in der nächsten Legislaturperiode ist die Übernahme dieser Mitverantwortung und die Weiterführung des Dialogs mit den unterschiedlichen Akteuren und der Öffentlichkeit für das Land Brandenburg entscheidend. Gestärkt werden müssen die umfassende Einbeziehung von unterschiedlichem Know-how, die Schaffung von Transparenz, der Anspruch auf Aktualität und nicht zuletzt die Mithilfe an einer dauerhaften Verankerung der Entwicklungs-, Nachhaltigkeits- und Europapolitik in einer von Veränderungswillen geprägten Landespolitik.

Der RTEP fordert von allen Seiten mehr Engagement und wird seinen eigenen Beitrag verstärken.

Die am RTEP vertretenen Nichtregierungsorganisationen und nicht staatlichen Akteure erwarten von der zukünftigen Landesregierung, dass der beschriebene, erfolgreiche Prozess im Geiste der bisherigen Entwicklungspolitischen Leitlinien weitergeführt und verstärkt wird.

1. Wir wollen, dass das mit dem RTEP institutionalisierte Modell von Partizipation und demokratischer Teilhabe der Zivilgesellschaft von der Landesregierung garantiert wird.
2. Wir erwarten eine stärkere Verzahnung der Entwicklungspolitischen Leitlinien mit der Landesnachhaltigkeitsstrategie, dem Landesaktionsplan „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ und der Internationalisierungsstrategie und werden diese mitgestalten.
3. Wir fordern, dass die finanziellen Ressourcen unserer Arbeit im Landeshaushalt gesichert und ausgebaut werden. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit der Landesregierung, dass erfolgreiche Formate unserer Arbeit weitergeführt und neue entwickelt werden können. Denn erst deren Dauerhaftigkeit und Effektivität führen zu sichtbaren Erfolgen auf dem Weg zu einer Nachhaltigen Entwicklung.
4. Wir erhöhen die Wirksamkeit unserer Arbeit durch eine weitere Vernetzung mit unterschiedlichen Akteursgruppen in Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und bezüglich der Medien. Wir bilden Allianzen auch über den bisherigen entwicklungspolitischen Kontext hinaus.
5. Wir erwarten, dass die Landesregierung insbesondere bei der Fairen Beschaffung zukünftig als Vorbild handelt.
6. Wir erwarten, dass die in den „Eberswalder Thesen zur Nachhaltigen Entwicklung der Städte, Gemeinden und Ämter im Land Brandenburg“ formulierte Eigenverantwortlichkeit der Kommunen im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele umgesetzt wird.
7. Wir fordern, dass der in den Entwicklungspolitischen Leitlinien formulierte Kerngedanke **„Integration, Migration und Entwicklungszusammenarbeit müssen als Einheit betrachtet werden“** einen stärkeren Stellenwert in der Landes- und Kommunalpolitik bekommt. Dazu ist auch die wirksame und vollständige Umsetzung der Dekade der Vereinten Nationen für Menschen mit afrikanischen Vorfahren notwendig.
8. Wir wollen beider Entwicklung zukünftiger Strategien der Landesregierung verstärkt einbezogen werden und so das „Landesbild“ in Visionen, Narrative oder Marketingaspekte gegenüber dem In- und Ausland definieren.

Es bleibt eine besondere Herausforderung, die Umsetzung und Weiterentwicklung der Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung mit einer strategischen Kommunikation des RTEP zu versehen, der die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen und den dazu erforderlichen gesellschaftlichen Konsens in das Zentrum der Bemühungen um eine breite Unterstützung der UN-Nachhaltigkeitsziele stellt. Das erwarten wir auch von den Adressaten des Strategiepapiers.

Der RTEP bleibt der richtige Ort, die Vielfalt der Akteure und ihrer Ansätze in der Kommunikation aufzugreifen und Kohärenz zu schaffen.



LAND
BRANDENBURG

VENROB

DOKUMENTATION

11. Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg am 8. Dezember 2021

wird herausgegeben vom Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e. V. (VENROB)

Tuchmacherstr. 49, 14482 Potsdam

Tel.: 0331 / 704 89 66 | Fax.: 0331 / 270 86 90

www.venrob.de

Die Website des Round Table : www.entwicklungspolitik-brandenburg.de

Verantwortlich: Uwe Prüfer, pruefer@venrob.org

Mitschrift: Heike Möller

Redaktion & Lektorat: Heike Möller, Harald Melzer

Layout & Satz: Tatjana Pot

Foto Titelseite: © Heike Möller, 2016

Gefördert durch Mittel des Ministeriums
der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg.